

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. L. Haube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Posener Zeitung.

Dreihundachtzigster

Jahrgang.

Nr. 919.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 31. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Petitzeile ober deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Erscheinen der Zeitung.

Die Neujaehrnummer unserer Zeitung erscheint
am Ende um 8 Uhr, und ist sowohl in der
Expedition, als auch bei den Distributionsstellen
in Empfang zu nehmen. Inserate für diese Num-
mer werden bis 2 Uhr Nachmittags angenommen.
Die kleine Abend-Ausgabe fällt aus. Die nächste
Nummer im neuen Jahr erscheint Montag, den
3. Januar, Mittags.

Zum Quartal's-Wechsel

Wir ergehen hierauf aufmerksam, daß wir zur Bequem-
lichkeit unserer geschätzten Leser außer in der unterzeichneten Ex-
pedition folgende Ausgabestellen in hiesiger Stadt errichtet haben:

Jacob Appel, Wilhelmstraße Nr. 7.
J. Affeltowicz, Wallischei 67.
J. Berne, Wallischei Nr. 93.
Gebr. Böhlke, St. Martin.
Ernst Böhlke, St. Martin.
Wittwe C. Brecht, Kronenstr. 13.
Emil Brumme, Wasserstraße.
C. D. Burde, St. Martin 60.
C. D. Burde jun., St. Alabertstraße 28.
Ed. Federt jun., Berliner- u. Mühlenstr.-Ecke 18 b.
Frenzel & Comp., Markt 56.
Marcus Friedländer, Friedrichs-Straße Nr. 31.
Otto Gon, Friedrichstraße 21.
M. Gräber Nischl, Mühlen- u. Pauli-Kirchstr.-Ecke.
Ad. Gumnior, Mühlen- u. St. Martinstr.-Ecke.
J. Hummel, Breslauerstr. 9 u. Friedr.- u. Lindenstr.-Ecke 19.
R. Kahler, Wasserstraße 6.
M. Kantorowicz, Schuhmacherstraße 1.
F. M. Kunkel, Destillateur, Gr. Gerberstraße 40.
Adolph Lab, Gr. Ritterstraße Nr. 11.
Restaurateur G. Lehmann, Ostrowek Nr. 11.
Wittwe Meimold, St. Alabert.
F. Michaelis, St. Gerberstr. Nr. 11.
F. R. Nowakowski, Wiener Platz Nr. 2.
Albert Opik, (Carl Heinr. Ulrich & Co.) Wilhelmplatz 3.
F. W. Plagwitz, Schützenstraße 23.
Bruno Radt, Markt 70 und Breite-Straße Nr. 6.
Anton Radomski in Perzsee.
Samuel Samter, Wilhelmstraße Nr. 11.
Samuel Schape, St. Martin Nr. 23.
Jacob Schlesinger, Wallischei Nr. 73.
Hugo Seidel, Mühlenstraße Nr. 14.
A. Streich, Sapiehaplatz Nr. 10b.
Hugo Spindler, (Carl Heinr. Ulrich & Co.) Breitestr. 14.
Guft. Adolph Schleh, Hoflieferant Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke.
Wlad. Alfons v. Unruh, Halldorfstraße Nr. 9.
Paul Vorwerk, Sapiehaplatz Nr. 7.
Jul. Placzek, Wasserstraße Nr. 8/9.

Abonnements werden bei uns sowie bei sämtlichen Distribu-
tionsstellen ohne Preiserhöhung entgegen genommen und gelangt
die Zeitung Morgens 7 Uhr, Mittags 11½ Uhr und Abends
5 Uhr zur Ausgabe.

Die Expedition der Posener Zeitung.

§§ Steuern und Wahlrechte.

Unter den mancherlei überraschenden Vorschlägen, welche
der Minister Bitter vermittelt seines Verwendungsgesetzes macht,
verdient besondere Beachtung auch der, wonach die Einschätzung
zur Klassensteuer als Grundlage gewisser Wahlrechte fortbestehen
soll, obgleich man die vier untersten Stufen dieser Steuer „außer
Betrachtung setzen“, von den acht anderen Stufen aber möglichst viel
auf Grund des Hoberg'schen Verwendungsgesetzes erlassen und
Rest den Kreisen überweisen will. Dieser Vorschlag verdient
besondere Betrachtung.

Nach dem Grundgedanken des Verwendungsgesetzes ist die
Einschätzung der alljährlichen Einschätzung zu den Personalsteuern
dingens unentbehrlich: es soll von denselben ja nichts endgültig,
sondern für allemal erlassen werden, sondern die vier untersten
Stufen der Klassensteuer sollen unerhöhen bleiben, die übrigen
erniedrigt, resp. den Kreisen überwiesen werden, wenn
so weit dazu in jedem Jahre Ueberschüsse aus den
einzuführenden Steuern vorhanden sind; so weit das in Folge
der Steigerung der Reichs- oder Staats-Ausgaben nicht der
Fall ist, muß die Klassensteuer nach wie vor für die Staatskasse
erhöhen werden. Außerdem ist die Einschätzung wegen der kom-
munalen Zuschläge zu den Staatssteuern auch künftig er-
forderlich.

Gegen dieselbe ist also nichts einzuwenden, aber sehr viel
in den Vorschlag, diese Einschätzung weiter als Grundlage
für kommunaler Wahlrechte zu benutzen. Bekanntlich
ist auf ihr die Klassen-Eintheilung der Wähler für das Ab-
stimmrecht, deren Stimmrecht sich nach der Größe der direk-
ten Steuerzahlung abstuft; das Nämliche ist betreffs des kommu-

nen Wahlrechts nach mehreren der bestehenden Städteordnun-
gen, namentlich auch nach der für die östlichen Provinzen der
Fall. Ueber den Werth oder Unwerth dieser Einrichtung soll
hier nicht gestritten werden; vorderhand ist wieder eine parla-
mentarische Majorität, noch eine überwiegende Strömung in der
öffentlichen Meinung für die Ersetzung des Klassensystems durch
das allgemeine gleiche Stimmrecht bei den Landtagswahlen vor-
handen; noch weniger ist dies betreffs des kommunalen Wahl-
rechts der Fall, vielmehr sind selbst politisch sehr radikale Män-
ner der Ansicht, daß in der Gemeinde, als einer im hohen Grade
wirthschaftlichen Gemeinschaft, die Ausübung des Stimmrechts in
einem gewissen Wechselverhältnis mit der Steuerzahlung stehen
müsse. Jedenfalls würde es in der einen und der anderen Be-
ziehung bei uns formell vorläufig beim Alten bleiben; aber
hauptsächlich würde die Sache sich auf Grund der beabsichtigten
Steuerreform wesentlich anders gestalten.

Die Abstufung des Wahlrechts nach der direkten Steuer-
zahlung bezweckt, demjenigen, welcher größere Lasten trägt, auch
größere Rechte zu geben. Schon bis zum Jahre 1879 wurde
dieser Zweck nur unvollkommen erfüllt, da — abgesehen von
anderen Mängeln der Klassen-Eintheilung — die indirekten Steuern
außer Betracht blieben, die auch schon bis dahin vielfach anders
belasteten, als die direkten. Dieses Mißverhältnis hat sich außer-
ordentlich gesteigert, seit die Verbrauchsabgaben eine so wesent-
liche Erhöhung erfahren haben und auch auf die nothwendigsten
Lebensbedürfnisse gelegt werden; hunderttausende von Familien
bezahlen seitdem an Zoll auf Brot, Petroleum, Schmalz etc. er-
heblich mehr, als an direkter Steuer; und da das Verhältnis
dieser Mehrbelastung zur Steuerfähigkeit keineswegs für alle von
den Verbrauchsabgaben betroffenen Personen das Gleiche ist,
vielmehr dadurch die einzelnen Steuerzahler sehr viel ungleich-
mäßiger, als durch die direkten Steuern betroffen werden, so ist
die Klassen-Eintheilung nach Maßgabe der letzteren schon seit
1879 viel irrationaler geworden, als sie es bereits bis dahin
war. Nun soll das Mißverhältnis zwischen Leistung und Wahl-
recht abermals verstärkt werden; abermals sollen Verbrauchsab-
gaben erhöht, es sollen vermehrt der dadurch zu erzielenden
Einnahmen direkte Steuern — sei es unmittelbar, sei es auf
dem Umwege über den Kreis und die Gemeinde — erlassen
werden, das Wahlrecht aber würde nach wie vor sich nach
diesen direkten Steuern richten, welche nach der Absicht des Ge-
setzentwurfs unbeeinträchtigt bleiben sollen, während die Steuerlast
immer stärker durch die Leistung des Einzelnen an indirekten
Abgaben bedingt wird. Daß dadurch eine immer ungerechtere
Vertheilung des Wahlrechts entstehen muß, liegt auf der Hand.
Ginge es nach der in den Motiven dargelegten Absicht des Herrn
Bitter, so müßte auf diesem Wege namentlich in den Kommunen
noch weiter vorgeschritten werden, denn diese sollen, wie in der
Begründung des Verwendungsgesetzes bemerkt wird, bisher von
indirekten Steuern einen viel zu geringen Gebrauch gemacht
haben!

Im Vergleich mit anderen Ausstellungen gegen das Ver-
wendungsgesetz, welches deren so viele herausfordert, ist die so-
eben berührte vielleicht keine der am schwersten wiegenden. Die
immer stärkere Ungerechtigkeit in der Vertheilung der Steuerlast;
die Unsicherheit, welche in das Finanzwesen des Staates und der
Kommunen durch die Verquickung desselben mit dem des Reiches
kommen muß; die Versuchung zu neuen Ausgaben, welche durch
die ohne Noth erfolgende Auserlegung neuer Steuern entsteht, da
die Verwendung der letzteren zu Steuer-Erläsen durch keinerlei
papierene „Garantie“ wirklich gesichert werden kann — dies
Alles fällt gegen die Vorlage vielleicht noch schwerer in's Ge-
wicht, als der oben betonte Zusammenhang zwischen der Steuer-
zahlung und dem politischen und kommunalen Wahlrecht. Aber
auch aus ihm ergibt sich ein Argument gegen den Gesetzentwurf.
Fürst Bismarck hat bekanntlich einen Städteordnungs-Entwurf
des früheren Ministers des Innern als „revolutionär“ zurück-
gewiesen, weil darin das Stimmrecht nicht in einer, dem Kanzler
genügenden Weise von der Steuerzahlung abhängig gemacht war;
die „Steuerreform“ würde, sofern sie nach dem Entwurf des
Verwendungsgesetzes ihren Abschluß fände, ungleich „revolutio-
närer“ wirken: ein je größerer Theil der Kommunallasten un-
mittelbar oder auf dem Umwege der Ueberweisung aus der
Reichs- und Staatskasse durch Verbrauchsabgaben getragen würde,
um so weniger würde es auf die Dauer möglich sein, das
Stimmrecht von der direkten Steuerzahlung, namentlich von dem
Maße derselben abhängig zu machen.

Zum Jahreswechsel.

Der unter diesem Titel erschienene leitende Artikel der „Pro-
v. Korr.“, den wir bereits in telegraphischem Auszuge mitgetheilt,
lautet wörtlich:

Ein Rückblick auf das scheidende Jahr gewährt dem politischen
Bemühten zwar nicht die Genugthuung großer Thaten und neuer
wesentlicher Erfolge, es war im Ganzen kein glückliches, vielmehr in
vieler Beziehung ein schweres und sorgenvolles Jahr. Doch läßt sich
auf vielen Gebieten des nationalen Lebens die Vorbereitung und
Klärung erkennen, welche zu neuen Hoffnungen berechtigt.

Das scheidende Jahr hat, freilich unter erschwerenden, äußeren
Umständen, doch die ersten Früchte der Aenderung der Politik her-
beizuführen. In den verschiedensten Bezirken hat sich trotz der Un-
gewissheit schon ein gewisser Umschwung des Gewerbetriebs bemerkbar
gemacht und eine regere Thätigkeit des geschäftlichen Lebens entwickelt.
Daß der Umschwung in dieser Beziehung nicht überall ein schneller
und greifbarer sein konnte, liegt, zumal bei den Schwierigkeiten dieser
Zeit, so sehr auf der Hand, daß man nicht nöthig haben würde, es zu
erwähnen, wenn nicht gerade dieser Umstand von den Gegnern der
neuerdings wieder in die Wirthschaftspolitik eingeführten alten und
vielfach auch anderwärts bewährten Grundsätze dazu benutzt würde,
Mißtrauen und Unzufriedenheit zu verbreiten und so der regelmäßigen
und ruhigen Weiterentwicklung störende Hindernisse in den Weg zu
legen.

Gleichwohl darf man hoffen, daß diese Reaktion gegen die einge-
führte Wirthschaftspolitik um so weniger diese selbst erschüttern wird,
als sich die Ziele und die Mittel und Wege, welche dazu führen sollen,
allmählig immer klarer darstellt. Vornehmlich hat der Plan
der Steuerreform an Klarheit gewonnen. Das hinter uns
liegende Jahr hat freilich auf diesem Gebiete keine erheblichen Ergebnisse
aufzuweisen. Der Versuch, welcher von der Reichsregierung im Früh-
jahr gemacht wurde, um weitere Einnahmequellen zu erschließen, welche
die Mittel zur Erleichterung der direkten Steuerlast in den Einzel-
staaten schaffen sollten, scheiterte vorläufig. Es blieb nur so viel ge-
wonnen, daß die neuen Bedürfnisse des Reiches selbst ohne
Schwierigkeit befriedigt werden konnten, daß nächst der indirekten Be-
lastung der Wirthschaftslasten namentlich die Ergänzung der Verbrauchs-
abgaben, welche durch die Einrichtungen und die Stellung anderer
Staaten auch für Deutschland nothwendig wurde, mit Leichtigkeit
durchgeführt werden konnte. Es war bekanntlich eines der Ziele
der Steuerreform von vornherein, daß die Mittel auch für neue Be-
dürfnisse des Reiches gewonnen werden sollten. Dagegen war diejenige
Vermehrung der Einnahmen des Reiches, welche den Steuerpflichtigen
in den Einzelstaaten und den Kommunalverbänden zu fließen kommen
sollten, noch nicht durchgeführt. Die Parteien und deren Stellung
zur Regierung waren nach den Erleichterungen der Steuerreform noch
nicht wieder ausreichend geklärt, um weitere Schritte der Steuerreform
gelingen zu lassen. Die preussische Regierung hat gleichwohl den Ver-
such gemacht, die Besserung, welche in den Staatseinnahmen bereits
eingetreten ist, zur Erleichterung der Steuerzahler zu benutzen; sie
darf darin auf die Bereitwilligkeit mehrerer Parteien im Landtage
rechnen, und somit dürfte eine erste Frucht der Finanzreform den
Bedürftigsten im Volke zu Gute kommen.

Inzwischen ist durch die Beratungen der deutschen Finanzminister
in Koblenz im Sommer eine vollständige Uebereinstimmung dahin er-
zielt worden, daß etwaige neue Reichssteuern nicht für unmittelbare
Reichszwecke, sondern für die Bedürfnisse der Einzelstaaten und zur Er-
leichterung der direkten Steuerlast in denselben zu verwenden seien. In
Preußen hat die Staatsregierung noch vor Schluß des Jahres dem
Landtage einen Vorschlag unterbreitet, welcher diese Verabredungen
und Grundsätze in eine gezielte Form bringt und somit auch die
Verbindlichkeit der Regierung feststellen soll. Eine große Mehrheit der
Volksvertretung hat die Ziele der Staatsregierung von Anfang an ge-
theilt; es bleibt zu hoffen, daß auch die Verständigung über die Mo-
dalitäten der Ausführung bald erfolgen und somit die Zuerkennung der
wirthschaftlichen Erneuerung und Befestigung des deutschen Reiches für
die Zukunft noch erhöht werde.

Als einen Zweig dieses Systems der inneren Kräftigung hat die
Regierung stets die Verstaatlichung der Eisenbahnen be-
trachtet. Zunächst hat der preussische Staat im Laufe des Jahres sein
Eisenbahnnetz durch den Erwerb großer Privatbahnen, sowie durch den
Bau neuer Schienenwege erweitert und zu einem einheitlichen zusam-
menhängenden Ganzen umgeformt. Es hat an ernstlichen Bedenken ge-
gen diese Neuerung nicht gefehlt. Aber schon der kurze, bis jetzt zu-
rückgelegte Zeitraum hat die Bedenken als Selbsttäuschung und als ir-
rthümliche Befürchtungen erkennen lassen. Die Umgestaltung hat schon
jetzt bedeutende wirthschaftliche und finanzielle Vortheile im Gefolge ge-
habt und hierdurch hat die Erkenntnis von der Nothwendigkeit und
Nützlichkeit dieses für alle Zukunft bedeutenden staatlichen Unterneh-
mens erfreuliche Fortschritte gemacht.

Auf einem anderen Gebiete der Wirthschaftspolitik hat das Jahr
1880 vielerprechende Anregungen und Vorbereitungen gebracht. Von
dem leitenden Staatsmanne war jederzeit die Nothwendigkeit der Für-
sorge für die persönlichen Verhältnisse derjenigen erkannt worden,
welche durch ihren Beruf an den wirthschaftlichen Einrichtungen in der
unmittelbarsten Weise theilhaftig sind. Die ersten Schritte zur Hebung
der sittlichen und materiellen Wohlfahrt der arbeitenden Klassen sind
bereits gethan und vorläufig ist die Errichtung eines Volkswirth-
schaftsraths für Preußen erfolgt, welcher seine Thätigkeit dem-
nächst mit der Prüfung der die Arbeiter betreffenden Neueinrichtungen
beginnen wird. Die Kunde von den Schritten und weiteren Plänen
der Regierung hat in gewerblichen Kreisen vielfach lebhaft Zustimmung
hervorgeufen und neue Hoffnungen erweckt.

War das Jahr somit vornehmlich in wirthschaftlicher Be-
ziehung ein Jahr der Klärung, Vorbereitung und weiterer
Anregung, so hat es auch auf anderen Gebieten der inneren Po-
litik eine wesentliche Förderung der Bestrebungen für Entwicklung und
Besserung der öffentlichen Zustände gebracht. In der weiteren Durch-
führung der Reform der inneren Verwaltung in Preußen ist ein großer
Fortschritt zu verzeichnen mit der Annahme der Gesetze über die Orga-
nisation der allgemeinen Landesverwaltung und über die Verfassung
der Verwaltungsgerichte; freilich ist die Reform hiermit nicht abge-
schlossen: neue auf der Grundlage der Selbstverwaltung beruhende Vor-
schläge für die neuen Provinzen und die Ausdehnung des Zuständig-
keitsgesetzes auf die Gesamtmonarchie stehen im Landtage zur Be-
rathung, welche in jedem Falle zur Klärung der Anschauungen über
die Bedürfnisse der neuen Provinzen und des Staates dienen wird.

Der Friede zwischen Staat und Kirche ist leider auch in diesem
Jahre nur ein Wunsch geblieben. Die Staatsregierung hat es ihrer-
seits an Beweisen von Friedfertigkeit und Entgegenkommen — soweit
dasselbe mit den Aufgaben und der Würde des Staats vereinbar war
— nicht fehlen lassen; aber wenn die Regierung nicht weiter kam, als
daß sie ihrerseits mit Bestimmung des Landtages den katholischen Unter-
thanen nur einige, wenn auch erhebliche Erleichterungen einseitig ge-
währen konnte, ohne eine entsprechende Gegenleistung in Bezug auf
das Gesamtverhältnis zwischen Staat und Kirche zu erlangen, so ist
ihnen wenigstens die Schuld davon nicht beizumessen. Immerhin wird
das kirchenpolitische Gesetz vom Juli d. J. seinen Werth als Zeichen

der Bereitwilligkeit zur Verständigung und der Vorbereitung zu dem Frieden behaltend, welcher — wie Kaiser Wilhelm bei dem denkwürdigen Domfest in Köln zu dem Weibischof sagte — „das Ziel seiner unausgesetzten Sorge und täglichen Gebete“ stets war und bleiben wird. Unser erhabener Kaiser, über welchem auch in diesem Jahre sichtlich Gottes Gnade waltete, hat durch seine Rathgeber nicht nur den Frieden, sondern auch das allgemeine Vertrauen in die Dauer desselben zu fördern genutzt, die neuen Grundlagen des Völkerrechts, welche in dem Berliner Vertrage festgesetzt worden, haben jüngst erneute allseitige Anerkennung gefunden. Durch diese friedliche Politik sind der Arbeit und der Wohlfahrt des Volkes diejenigen Bürgschaften gegeben, unter welchen allein die sittlichen und materiellen Kräfte gedeihen können.

Wir gehen in das neue Jahr mit vielen Hoffnungen und Erwartungen: an die Parteien tritt dasselbe mit der ernsten Mahnung heran, die unvollendet gelassenen, aber im Wesentlichen vorbereiteten Aufgaben des alten Jahres der Erfüllung und Verwirklichung entgegenzuführen. Mögen sie sich dessen bewußt sein und in diesem Sinne alle Bestrebungen bekämpfen, welche jenem Ziele sich entgegenstellen!

Deutschland.

+ **Berlin**, 29. Dezember. Der gesundheitschädliche Einfluß des Unterrichts und Aufenthalts in den höheren Schulen ist durch die beschwichtigenden Bemerkungen, welche der Kultusminister neulich in der Staatsdebatte der Sache widmete, selbstverständlich nicht aus der Welt geschafft. Wenn ein Alarmruf ertönt wie der des braunschweigischen Irenenankalts-Vorstehers Dr. Haffe auf der letzten Versammlung deutscher Irenenärzte in Eisenach, so pflegen Berichte, die daraufhin ein Minister von seinen Untergebenen einfordert, allemal sehr abweichend zu lauten, weil Zugeständnisse ja beinahe auf das Bekenntnis von Pflichtverhältnissen hinauslaufen würden. Die beteiligten unabhängigen Ärzte haben eine Art Privatenquete bis zum nächsten Sommer verabredet, und deren Ergebnis erst wird uns sagen, ob die Regierungs-Medizinalbeamten mit Recht oder Unrecht ihrer Mehrzahl nach die Anklage hinwegberichten möchten. Nicht zu übersehen aber ist auch heute schon die vielfache Zustimmung, welche Dr. Haffe gerade aus Lehrerkreisen erhalten hat — aus den Kreisen der Gymnasial- und Realschullehrer meinen wir. Diese Stimmen erkennen unumwunden an, daß das sich immer mehr ausbildende System der Fachlehrer, die ihren sonst ja löblichen Wettstreit auf Kosten der Gesundheit der Schüler anstellen, wenn man sie von oben nicht streng und wachsam im Zaume hält, die mangelhafte Bekanntschaft vieler Direktoren mit den Geboten der Gesundheitslehre, das Uebermaß der häuslichen Arbeiten und manches Andere noch nur allzu sehr geeignet sind, die jugendliche Kraft und Frische verkümmern zu lassen. Unverständiger Ehrgeiz bei den Eltern, namentlich bei den meisten Müttern kommt verstärkend hinzu; und die traurige Wirkung bleibt nur deswegen so häufig halb oder größtentheils unbeachtet, weil sie sich in der Bummellei oder den Ausschweifungen der Studentenjahre verliert, die wiederum in der Ueberanstrengung auf dem Gymnasium vielfach ihre wahre Erklärung finden. Der reaktionäre Geist eines beträchtlichen Theils der Studentenschaft, der übrigens nicht erst diesen Tagen der Stöcker und Ströffer angehört, ist auch nur eine Seite ihres Simuliertums zwischen Rauf und träger Bläsigkeit. Gesunde, innerlich lebendige Jugend nimmt sich anders aus als die sich zur Unterzeichnung der Antisemiten-Petition drängenden berliner

und göttinger Korpsburschen. Was aber unseren studirenden Jünglingen das Mark verdirbt, das frisst an der zukünftigen Elite der Nation; daher verdient es noch weitere Kreise ernstlich zu beschäftigen als die Medizinalräthe der Ministerien oder ihrer Unterbehörden und die ärztlichen Fachvereine. Es ist eine Angelegenheit wie gemacht für die Schulvereine, deren erster auf hinlänglich breiter liberaler Basis am 9. Januar für Rheinland-Westfalen in Köln sich konstituieren will.

□ **Berlin**, 29. Dezember. Das Abschiedswort unserer „Provinzial-Korrespondenz“ beim Jahreswechsel wird mit seiner Mahnung, alle Bestrebungen zu bekämpfen, welche sich im neuen Jahre der Erfüllung und Verwirklichung der unvollendet gelassenen, aber im Wesentlichen vorbereiteten Aufgaben des alten Jahres entgegenstellte, schwerlich großen Eindruck machen. Die Darstellung läßt jeden Versuch einer Beweisführung, daß jene Aufgaben würdig sind der Mitarbeit der Nation, gänzlich vermissen. Die wiederholten Versicherungen, daß das scheidende Jahr ein Jahr der Klärung, Vorbereitung und Anregung in wirtschaftlicher Beziehung gewesen sei, können ebensowenig imponieren, als die Erklärung, es „bleibe zu hoffen“, daß durch die Annahme des zweiten Gesetzes, welches die preussische Regierung über die Verwendung „etwaiger neuer Reichsteuern“ dem Landtage soeben vorgelegt hat, „die Zuversicht der wirtschaftlichen Erneuerung und Befestigung des deutschen Reiches für die Zukunft noch erhöht werde“. Eine finanzielle Befestigung des Reichsregiments ist allerdings durch die bereits bewilligten 130 oder 140 Millionen Mark neuer indirekter Reichsteuern eingetreten; aber daß damit eine „wirtschaftliche Erneuerung und Befestigung“ des Reichs selber angebahnt sei, und daß, um diese durchzuführen, das deutsche Volk mit noch 110 Millionen Mark neuer indirekter Reichsteuern belastet werden müsse, daran glauben heutzutage noch herzlich Wenige im Volke. Und darin hat das Jahr 1880 allerdings vielfach „aufgeklärt“; und wenn die „Provinzial-Korrespondenz“ die Schuld dafür, daß der Versuch der Reichsregierung, schon im vorigen Frühjahr weitere Einnahmequellen zur Erleichterung der direkten Steuerlast in den Einzelstaaten zu „erschließen“, mißglückt ist, dem Umstand zuschreibt, daß „nachden Erörterungen der Zollreform“ die Parteien und deren Stellung zur Regierung noch nicht wieder ausreichend „geklärt“ gewesen seien, so wird sie wohl selbst kaum glauben, daß diese den Gang nach Canossa, der ihr allerdings die erforderliche Mehrheit schon im jetzigen Reichstage schaffen könnte, ernsthaft anzutreten beabsichtigt. Bezeichnend in diesem offiziellen Abschiedswort ist, daß immer nur von der in Zukunft bevorstehenden Beglückung des Volkes durch Steuererleichterung die Rede ist, aber die zuvor zu bewilligenden neuen Steuern gar nicht genannt werden. Freilich, wenn die Brauseerhöhung, mit der notwendigen Biervertheuerung und Bierverschlechterung im Gefolge, besonders aufgeführt worden wäre, so hätte auch das neueste Reichsfinanzplan, der Trunksucht durch ein Reichsgesetz zu steuern, Erwähnung gefunden müssen, da die Wechselbeziehung zwischen der Vertheuerung des Bieres und der Vermehrung inzwischen erfolgt sei. Sie wird daher wohl auf die Neuwahlen zum Reichstage ipsefaktieren müssen, da sie schwerlich

Lebensbedingungen zu schaffen, damit sie sich gesund erhalten und weiter entwickeln, sind sehr zweckmäßig, so daß fast jeder Beobachter die Individuen der Thiergruppe, mit welcher er sich gerade beschäftigt, in dem Entwicklungsstadium erhalten kann, in welchem er sie zu sehen wünscht. Aus den Fangnetzen der Fischer der Bai von Neapel, aus den Apparaten der mit dem Thierfange beschäftigten Angeestellten der Anstalt wird immer neues Material zugeführt, so daß dem Wissensdurst der Forscher reiche Nahrung gewährt werden kann. Anfangs war diese Station eine reine Privatunternehmung des Professors Dohrn, der sein Wissen und Können, seine Zeit und seine Mittel daransetzte, um eine derartige Anstalt zu schaffen, in welcher den Gelehrten die großartige Gelegenheit zu größeren Arbeiten geboten wurde. Unterstützung erfuhr die Anstalt nur insofern, als einzelne Regierungen eine gewisse Summe zahlten, für welche ein ihrem Staatsverbande angehöriger Gelehrter einen Beobachtungsplatz im Institute für eine bestimmte Zeit gesichert erhielt. Die materiellen Schwierigkeiten waren aber trotzdem so bedeutend, daß das Unternehmen ohne die eiserne Energie seines Gründers leicht hätte zu Grunde gehen können. Jetzt, seit das deutsche Reich eine namhafte Summe alljährlich für die Unterhaltung verwendet, steht die Station gesichert da, und wir können hoffen, daß diese friedliche Eroberung an dem schönsten Gestade des Meeres langen Bestand haben werde.

Obwohl nun schon eine Reihe werthvoller Arbeiten aus den Laboratorien des Instituts hervorgegangen ist und die Annalen der Wissenschaft bereichert hat, so fehlt es doch bisher an einem umfassenden Werke, welches den ganzen Inhalt des Beobachtungsgebiets beschreibt und die Frucht der jahrelangen Arbeiten zeigen konnte. Ein solches wird jetzt unter dem Namen Fauna und Flora des Golfs von Neapel und der angrenzenden Meeresabschnitte herausgegeben. Namhafte Gelehrte sind zusammengetreten, haben die Gruppen der See- thiere und Pflanzen, welche das Revier bietet, unter einander vertheilt und arbeiten Monographien über die ihnen zugetheilten Gruppen aus. Der erste Band dieser Arbeiten, die Ktenophoren oder Rippenquallen von Dr. Karl Chun aus Leipzig, liegt jetzt vor. Nicht nur der Fachmann, sondern auch jeder Late empfindet lebhaft Freude und bewundert diese zartesten Meisterwerke der Natur, wenn er auf den beigegebenen vortheilhaftesten Tafeln die zierlichen Formen des Venusgürtels, einiger Cybippe und Beroiden betrachtet. Treu dem Leben sind sie dargestellt, man erwartet sie mittels der zierlichen Nadelplättchen fortzuschleppen zu sehen, man sieht das Trifiren auf ihren Rippen und das Spiel der gräßlichen, lang ausgestreckten Fangarme.

Natürlich ist diese Arbeit eine streng wissenschaftliche und die folgenden werden denselben Charakter tragen. Der Late kann daher keinen Genuß an den Einzelheiten der Forschung haben, aber jeder Gebildete wird sich an den gräßlichen Formen erfreuen und über die Wunderwerke der Natur staunen, welche uns die Oberfläche des Meeres bietet. Er wird die zarten, durchsichtigen Körper mit den zierlichsten Bewegungs- und Fangapparaten bewundern, welche von dem Wogenschwalle nicht zerdrückt werden, sondern in dem selten ganz ruhigen Elemente Bewegung und Ernährung möglich machen. Für das große Unternehmen ist aber die Theilnahme der Naturfreunde erforderlich. Die Zahl der Fachgelehrten ist gering; durch die Zahl derselben würde niemals die Herausgabe eines so bedeutenden Werkes ermöglicht. Es hat sich deshalb eine Subskriptionsgesellschaft gebildet, obenan Se. Majestät der Kaiser, der Kronprinz und die Kronprinzessin des deutschen Reiches und viele deutsche Fürsten, bei denen die zoologische Station beliebt ist. Die Zahl der Subskribenten würde aber zu klein bleiben ohne den Beitritt reicher Privatleute, welche, trotzdem ihnen die Zoologie fern liegt, entweder als Mäcene sich bewegen fühlen, die wissenschaftliche Unternehmung als solche zu fördern, oder in berechtigtem nationalen Stolz dazu beitragen wollen, daß ein ideale Ziele vertretendes Werk, auf fremdem Boden von einem Deutschen unter dem Schutze des Reichsablers entstanden, so gedeihe, wie es sich für die Ehre der Nation gebührt. (Köln. Ztg.)

— Offiziös wird geschrieben: Das soeben erschienene Novemberheft der Monatshefte zur Statistik des deutschen Reiches enthält u. A. Beiträge zu den Steuerverhältnissen in den Aufzügen und statistischen Nachweisungen über: Die Branntweinbrennerei und die Branntweinbesteuerung im deutschen Zollgebiet während des Etatsjahres 1879/80; Bierbrauerei und Bierbesteuerung im deutschen Zollgebiet während des Etatsjahres 1879/80 und vorläufige Nachweisungen des Flächeninhaltes der mit Tabak bepflanzten Grundstücke, sowie der Zahl der Tabakspflanzen und der Tabakspflanzungen im deutschen Zollgebiet für das Etatsjahr 1880.

— Wie es heißt, gedenkt zur Berathung des Verwendungs-gesetzes, welche um die Mitte Januar beginnen dürfte, der Reichskanzler nach Berlin zu kommen. Die persönliche Theilnahme des Fürsten Bismarck an diesen Berathungen, meint die „N. Z. K.“, wäre im hohen Grade wünschenswerth und könnte der Klärung der verworrenen Situation nur zu statten kommen. Wenn man aus den etwas dunklen Andeutungen der „Provinzial-Korrespondenz“ einen Schluß ziehen darf, so hält die Regierung an dem Steuererlaß unverrückt fest. Wer die „mehreren Parteien“ im Landtage sind, auf deren Zustimmung dabei gerechnet ist, dürfte dem halbamtlichen Blatte wohl selbst noch nicht klar sein.

— Der Kultus-Minister hat jüngst eine Zirkularverfügung an die königlichen Regierungen, Konviktorien und Provinzial-Schulkollegien, die Kaiser-Wilhelms-Spende betreffend, erlassen. Der Minister sagt darin, daß er den lebhaften Wunsch hege, daß auch innerhalb der ihm anvertrauten Ressorts alles geschehen möchte, was der Kaiser-Wilhelms-Spende bei der Erreichung ihrer Zwecke förderlich sein könnte. Er beauftragt daher die königlichen Regierungen u. s. w., die ihnen unterstellten Beamten, Geistlichen und Lehrer in geeigneter Weise nicht nur auf die von der Anstalt den Versicherern, zu welchen außer den Arbeitern im engeren Sinne auch insbesondere weniger günstig gestellte Beamte, Geistliche und Lehrer, Gutsbesitzer und Bauern, Kaufleute, Fabrikanten und Handwerker zählen könnten, gebotenen Vortheile aufmerksam zu machen, sondern zugleich auch sie zur Förderung der Stiftungszwecke innerhalb der Kreise ihrer besonderen Berufstätigkeit zu veranlassen. Zu einer solchen Förderung würde auch die Uebernahme von Agenturen und Sammelstellen für die Stiftung seitens der Beamten, Kirchendiener und Lehrer zu rechnen sein. Es versteht sich, daß dabei in jedem einzelnen Falle der Antrag auf Genehmigung zur Uebernahme bei der vorgesetzten Behörde zu stellen sein würde, welche ihrerseits darüber nach Maßgabe der lokalen und persönlichen Verhältnisse zu befinden habe. Der Minister bemerkt zum Schluß, daß er von diesem Erlaß der Direktion der Kaiser-Wilhelms-Spende-Kommission gegeben und vertheilt anbeimgeliefert habe, durch direkte Ueberendung von Prospekten, Statuten u. s. w. an die Behörden seines Ressorts, sowie an Beamte derselben, an Geistliche, Lehrer und Vorsteher von Krankenanstalten, die Ausführung der gestellten Aufgabe zu erleichtern.

Deutsche Wissenschaft in Italien.

Unsere Landsleute, welche in großen Schaaeren nach Italien pilgern, um zu genießen, was hier mehr als in einem andern Lande an Naturschönheiten und Kunstwerken geboten wird, blicken stets mit gerechtem Stolz auf zwei Punkte, welche ihnen gehören. In Rom und Neapel stehen an hervorragender Stelle zwei Institute, gegründet für die deutsche Wissenschaft und ihre Jünger. Mit besonders glücklichem Griffe sind diese beiden Punkte gewählt. In Rom, das stets der Mittelpunkt für Alterthumsforschung bleiben wird, steht neben dem Kapitol auf dem Tarpeischen Felsen das archäologische Institut; in Neapel, an dem schönsten Spaziergange der Stadt, fast bespült von den Wellen des blauen Mittelmeeres, das an dieser Stelle auffallend reich an Arten und Individuen des Thierreichs ist, die zoologische Station. Nur mit dieser letzteren wollen wir uns einen Augenblick beschäftigen.

Wer vor 20 bis 30 Jahren nach einem Küstenpunkte zog, ausgerüstet mit Schleppnetz, Gazenetz und Mikroskop, um die Thiere des Meeres zu studieren, der mußte von besonderem Glück begünstigt sein, wenn es ihm gelang, die Entwicklung einer Thierart durch eine längere Periode zu verfolgen. Der Fang und besonders die Konservierung des Gefangenen war schwierig und mühselig. Gar mancher deutsche Forscher, welcher einen guten Anfang gemacht hatte, mußte sich einem andern Berufe zuwenden, weil ihm die Mittel fehlten, das Begonnene weiter zu führen. Mit einem Schlage wurde dies anders, als Professor Dohrn in Neapel seine zoologische Station gründete. Allen Besuchern Neapels ist „dieses Schloß am Meer“ erinnerlich wegen des vorzüglichen Aquariums, welches in den unteren Räumen die größeren Thiere des Meeres beherbergt. Wegen der unmittelbaren Nähe des thierreichen Wassers ist es möglich, stets für frischen Ersatz zu sorgen, und so sieht man die Insassen der Glaskästen stets munter umherschweben und kriechen, während in anderen festländischen Aquarien die Thiere, zum Theil wenigstens, lebensmüde nach Luft schnappend ein trauriges Dasein führen. Die Gefälligkeit der Diener läßt die festländischen Besucher auch die Thiere in ihren Lebensgewohnheiten betrachten. Man sieht, wie der Tintenfisch bei annähernder Gefahr sich in eine undurchdringliche schwarze Wolke hüllt; man sieht, wie der grümmende Oktopus auf seine Beute losstürzt, sie mit seinen Fangarmen ergreift und verzehrt; neugierige Damen dürfen sich einen leichten elektrischen Schlag von einem Zitterrochen geben lassen u. s. w.

Während in den unteren Räumen die allgemeine Schau lust befriedigt wird, sind die oberen der strengen und ersten Arbeit gewidmet. In hellen, für die Beobachtung äußerst günstig gelegenen Sälen studieren Zoologen und Botaniker. Die Einrichtungen, um den oft außerordentlich zarten Thierchen die günstigsten

Ein italienisches Buch über Heinrich Heine von Heine's Nichte

betitelt sich ein Artikel von Alfred Meißner, den die letzte Nummer des „Magazin für die Literatur des In- und Auslandes“ enthält. Wir entnehmen demselben Folgendes:

„Diese vor ihrem Erscheinen vielfach als wichtig bezeichneten Mittheilungen über Heinrich Heine's Privatleben aus der Feder einer Nichte des Dichters, die uns hier als italienische Prinzessin entgegentritt, scheinen mir unter der Höhe gehogelter Erwartungen zurückzubleiben. Zahlreiche Anekdoten sind kurzweg an einen chronologischen Faden gereiht, doch was davon neu ist, scheint nicht ganz zuverlässig, was zuverlässig und wahr, ist in anderen Büchern entnommen und längst bekannt. Für die Lebens- und Entwicklungsgeschichte des Dichters wird daraus wenig zu gewinnen sein. Es ist wie im Buche Maximilian Heine's auch hier die Tendenz erkennbar, Heinrich Heine zu Zwecken der Familie, die einen Bruch mit ihrer Vergangenheit vollzogen hat und jetzt allerlei aristokratische Verbindungen eingegangen zu haben scheint, in ein anderes Medium hineinzustellen, ihn zu puzen und zu glätten, ihn gewissermaßen zu präparieren. Dem Vater des Dichters, Samson, wurde schon von Maximilian Heine eine militärische Stellung vindiziert. Der so genau unter-

Die Bundesrathsausschüsse, welche mit der Vorberathung des Wehrsteuergesetzes betraut waren, sollen schriftliche Berichterstattung an das Plenum beschloffen haben. Trotz des entschiedenen Widerpruchs des preussischen Finanzministers, der gleich dem Fürsten Bismarck eine möglichst ergiebige Einnahmequelle mit dem Gesetz eröffnen möchte, sind erhebliche Abänderungen an dem vorgelegten Entwurfe beschloffen worden. Nach einer Angabe, die freilich der „Wehr-Ztg.“ zufolge noch der Bestätigung bedarf, hätte die Majorität der Ausschüsse beschloffen, die Bestimmung, welche die Verpflichtung zur Zahlung der Wehrsteuer auf die Eltern u. s. w. der Wehrpflichtigen, insoweit und so lange denselben die Unterhaltung der letzteren obliegt, überträgt, zu streichen. In Folge dieses schon im Sommer gefassten Beschlusses der Ausschussmajorität war es eine zeitlang zweifelhaft geworden, ob die preussische Regierung auf die Durchberathung des Entwurfs Gewicht lege. Da dieselbe dennoch erfolgt ist, so muß man annehmen, daß Preußen an der Hoffnung festhält, schon bei der Berathung der Vorlage im Plenum des Bundesraths die von der Ausschussmajorität gefassten Beschlüsse wieder rückgängig zu machen. Andernfalls würde sich das finanzielle Erträgniß der Wehrsteuer, welches nach dem preussischen Entwurfe auf 18—20 Millionen veranschlagt war, erheblich reduzieren.

Gegen Ende des Jahres wird das Bureau des Abgeordnetenhauses eine Uebersicht über die in dieser Session noch zu erledigenden Arbeiten erscheinen lassen; es wird daraus hervorgehen, daß, wenn das Haus auch bis Ende Februar seinen Arbeiten angestrengt obliegt, das vorhandene Pensum nicht bewältigt werden kann. Man nimmt an, daß der Landtag mit dem Reichstage, dessen Einberufung spätestens am 15. Februar erfolgen muß, noch 10 bis 14 Tage gemeinschaftlich tagen wird. Wiewohl über die bevorstehenden Reichstagswahlen naturgemäß noch kein Beschluß gefaßt werden kann, so verlautet doch, daß dieselben in der zweiten Hälfte Juni-Juli stattfinden sollen.

Die „Schlesische Zeitung“ bringt die folgende anscheinend offiziöse berliner Korrespondenz:

„Es ist in neuester Zeit der Regierung wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß sie die sozialpolitische Agitation des Hofpredigers Stöcker nicht ungegenigende oder wohl gar begünstige. Es erscheint daher angezeigt, das Verhalten der Regierung in dieser Angelegenheit auf Grund durchaus zuverlässiger Information endlich einmal darzulegen. Der Hofprediger Stöcker ist wegen seines Vorgehens auf soziallem Gebiete der Regierung von vornherein nichts weniger als persona grata gewesen; es ist vielmehr schon früher die Frage in Erwägung gezogen worden, ob das Auftreten desselben nach Erlass des Sozialistengesetzes überhaupt noch zu dulden sei. Fürst Bismarck hat sogar den Ausdruck entschiedener Mißbilligung des Auftretens des Herrn Stöcker bis an die allerhöchste Stelle gelangen lassen. Es ist jedoch als irrtümlich erkannt worden, das Sozialistengesetz gegen Herrn Stöcker in Anwendung zu bringen, weil seine sozialpolitische Thätigkeit entschieden keine dem Gesetz verfallende ist, wenn auch die Form seines Auftretens zu Bedenken und Ausstellungen Anlaß geben mag. Wiederholt soll dann das Kirchenregiment angegangen worden sein, der Agitation des Herrn Stöcker Einhalt zu thun. Wenn dies bisher nicht geschehen, so ist einzig und allein der Umstand daran Schuld, daß immer und immer wieder von hervorragend einflussreicher Stelle, der nicht wohl zuwider gehandelt werden konnte, die zweifelhafte Absicht des Herrn Stöcker geltend gemacht worden ist. Die bezüglich den Vorstellungen des Kirchenregiments sollen jedoch in neuerer Zeit dahin geführt haben, daß Herrn Stöcker wiederholt er-

öffnet wurde, die Stellung eines Hofpredigers sei mit seinem Auftreten schwerlich vereinbar. Hieraus mag wohl das Gerücht entstanden sein, daß Herr Stöcker, der ein vermöglicher Mann ist und der aus innerster Ueberzeugung den Kampf gegen den Sozialismus und im Zusammenhange damit gegen das Gründerweien und das Ueberhandnehmen des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen und sozialen Lebens für seine Mission hält, lieber seinen Abschied nehmen als auf die nachdrückliche Geltendmachung seiner Bestrebungen verzichten werde. Soviel steht fest, daß man die etwaige Fortdauer der Stöcker'schen Agitation nicht als eine Folge der von der Regierung geübten Konnivenz bezeichnen darf. Die Regierung vermag Herrn Stöcker gegenüber kein wirksames disziplinarisches Mittel zur Anwendung zu bringen, in diesem Falle würde allein das Kirchenregiment einschreiten können.

Diese Korrespondenz stimmt, wie die „Nat.-Ztg.“ hervorhebt, mit einer auch ihr bereits vor einiger Zeit von sonst wohlunterrichteter Seite zugegangenen Meldung, daß Fürst Bismarck und Herr v. Puttkamer mit bestimmten Anträgen gegenüber dem Auftreten des Herrn Stöcker vorgegangen wären, über deren Ergebnis jedoch nichts bekannt geworden sei. Weitere Aufklärung wird voraussichtlich nicht ausbleiben. Die „Post“ bezeugt der bekanntlich antisemitischen „Schles. Ztg.“, daß derselben die betreffende Mittheilung von „ausgezeichnet unterrichteter Seite“ zugegangen sei. Das „B. Tgl.“ verhält sich skeptisch zu der Nachricht, meint aber doch:

„Jedenfalls schießt sich, wenn nicht der Herr Hofprediger selbst, so doch die von ihm geleitete christlich-soziale Partei an, dieser Strömung Rechnung zu tragen, indem sie demnächst ihren Namen und dann auch ihre Statuten derart zu ändern gedenkt, daß das „Sozialistische“ in beiden nicht mehr so exklusiv in den Vordergrund tritt, wie bisher.“

Wie die „Nat. Ztg.“ vernimmt, dürfte Herr v. Phillipsborn, Direktor im Auswärtigen Amt, eine auswärtige Mission übernehmen. Bekanntlich soll Geh. Rath Busch zum Unterstaatssekretär im auswärtigen Amte ernannt werden.

Wie die „Voss. Ztg.“ erfährt, unterliegt das bereits in der vorigen Session dem Bundesrath zugegangene Gesetz, betreffs der Pensionierung der Hinterbliebenen der Reichsbeamten, der Berathung und Beschlußfassung der zuständigen Bundesrathsausschüsse; die Vorarbeiten sind dort so gefördert, daß der Entwurf alsbald dem Plenum des Bundesraths zugehen dürfte. Dagegen ist in Bundesrathskreisen von der Vorlage eines Gesetzes gegen die Trunksucht und dessen Inhalt bis jetzt nichts bekannt, wiewohl die Einbringung dieses Gesetzes außer Zweifel steht.

Wie man der „Trib.“ aus Hamburg schreibt, wurde auch dort heute in Folge einer von Berlin aus gegebenen Veranlassung bei den Verlegern Heine's, den Buchhändlern Hofmann und Campe, diejenigen Bände von Heinrich Heine's Werken polizeilich beschlagnahmt, in welchen sich die „Schloßlegende“ befindet.

Von den Vertheidigern der Getreidezölle ist seiner Zeit die Ansicht, daß diese Zölle den deutschen Konsumenten in Zukunft nöthigen sollten, dem deutschen Getreideproduzenten lohnende Preise für sein Produkt zu zahlen, entweder offen ausgesprochen oder doch als leitender Gedanke festgehalten worden. Um so auffälliger ist die Stellung, welche schon seit einiger Zeit die Organe der Koalition, der wir die Getreidezölle verdanken, bei Beurtheilung der Wirkungen dieser Zölle einzu-

nehmen trachten. Während sie nämlich konsequent jede Spur eines Aufschwungs in der Fabrikindustrie auf den neuen Zolltarif zurückzuführen suchen, bemühen sie sich gleichzeitig, den Antheil des Getreidezolls an der großen Steigerung, die der Preis des Getreides und namentlich des Roggens inzwischen erfahren hat, möglichst zu verkleinern und für diese im Uebrigen auf ganz natürlichen Ursachen beruhende Steigerung andere künstliche Ursachen, vor Allem angebliche Operationen der Hausspekulation, aufzusuchen. Sie stellen damit, in direktem Widerspruch mit ihren früheren Ansichten und Wünschen, eine Thatsache, die einem Theil ihrer Schutzbefohlenen doch in hohem Grade willkommen sein muß, selbst als etwas mit einem gewissen Odium Behaftetes hin, für das sie die Verantwortlichkeit gern von ihren Schultern auf andere abladen möchten. Es ist gut, von diesem Verhalten Notiz zu nehmen. Wenn die Aufhebung der Getreidezölle im Reichstag zur Sprache gebracht wird, so werden hoffentlich diejenigen, welche diesen Zöllen jetzt jeden Einfluß auf die Preise absprechen, auch nichts gegen die Beseitigung so unwirksamer und doch zugleich so obdüsser Abgaben einzuwenden haben.

Es war bisher in pharmaceutischen Kreisen die auf ein Erkenntniß des früheren preussischen Obertribunals sich stützende Ansicht in Geltung, daß bei dem Verkauf einer konzeptionirten Apotheke für die Uebertragung einer Konzeption nur eine Stempelgebühr von 1 Mark 50 Pf. zu erheben sei. Diese Ansicht wird, wie die „Pharmaceutische Ztg.“ mittheilt, neuerdings von Gerichts- und Stempelbehörden vielfach als irrig erklärt und demgemäß auch bei dem Verkauf konzeptionirter Apotheken der Immobilien-Verkehrsstempel von 1 Proz. erhoben. Gegen diese Anwendung des Stempeltarifsgesetzes ist bei dem zuständigen Provinzial-Steuer-Direktor Beschwerde erhoben, diese aber verworfen und dabei ausgesprochen worden, daß bei Anwendung jenes Obertribunals-Erkenntnisses „um so mehr Vorsicht geboten erscheint, als dasselbe in verschiedener Hinsicht durchaus nicht unanfechtbar dasteht und es sehr fraglich bleibt, ob das Reichsgericht, welches gegenwärtig die letzte Instanz bildet, nicht im entgegengegesetzten Sinne entscheiden wird.“ Da andererseits verschiedentlich noch der Stempel von 1 Mark 50 Pf. erhoben wird, so wäre eine Regelung vielleicht im Wege der Gesetzgebung angezeigt.

Aus Stuttgart ist die Kunde gekommen, daß der erst in diesem Jahre geborene Prinz Ulrich von Württemberg, einziger Sohn des Prinzen Wilhelm, gestern, 28. d., Nachmittags 4½ Uhr, daselbst gestorben ist. Der Vater des verstorbenen Prinzen Ulrich, Prinz Wilhelm von Württemberg, Generalmajor und Kommandeur der 27. Kavallerie-Brigade (2. württembergischen), ist bekanntlich der Sohn des am 9. Mai 1870 verstorbenen Prinzen Friedrich und der Frau Prinzessin Katharine, Schwester des Königs Karl von Württemberg. Prinz Wilhelm, der präsumptive Thronerbe im Königreich Württemberg, vermählte sich am 15. Februar 1877 mit der Prinzessin Marie zu Waldeck und Pyrmont. Aus dieser Ehe stammen zwei Kinder; die am 19. Dezember 1877 geborene Prinzessin Pauline und der jetzt verlebte Prinz Ulrich.

Oesterreich.

Wien, 28. Dezember. [Der Pairschuh. Die Bauernbewegung.] Die Ernennung der neuen Herrenhausmitglieder soll nach den Meldungen czechischer Blätter gegen-

richtete Strodtmann bestritt diese; die Fürstin tritt wieder dafür ein und sagt: „Samson Heine war während der französischen Herrschaft in Düsseldorf Lieferant (fornitore); das gab ihm Offiziersrang, „la qual cosa gli dava il grado d'ufficiale.“ (!) Ein vielleicht nicht abschätzbarer Druckfehler macht die Familie van Geldern, welcher der Dichter von mütterlicher Seite entstammt, zu einer Familie von Geldern, was nicht ganz das Gleiche ist. Mit größtem Widerstreben wird die Frage nach Heinrich Heine's Abstammung und Glaubensbekenntniß berührt. „Am die lieben deutschen Schriftsteller,“ heißt es da gar köstlich, „über den Punkt von Heine's Glaubensbekenntniß zufrieden zu stellen — denn die Franzosen und Engländer halten sich bei solchen Nachforschungen (indagine) nicht auf — sei gesagt, daß mein Onkel der protestantischen Kirche angehörte.“ Wahr und nicht wahr, wie man's nimmt! Gerade ebenso hatte Maximilian Heine in seinem Büchlein gesagt: „Engländer und Franzosen befassen sich mit polizeilichen Fragen nach dem Glaubensbekenntnisse nicht, wo es die Würdigung ihrer geistigen Größen gilt.“

Die Anekdote, daß der Dichter einer bairischen Prinzessin, die ihn zum Kaffee in ihr Palais entbieten ließ, die Antwort zukommen ließ, „er sei gewohnt, dort den Kaffee einzunehmen, wo er gespeist habe“, eine Anekdote, die schon im Buche Maximilian Heine's steht, scheint mir auch in den Kreis der unzuverlässigen Familientraditionen zu gehören. Die Zeit war nicht danach, daß ein freigeistiger Schriftsteller in bairische Hofkreise geladen worden wäre; hätte aber die Prinzessin doch den Muth gehabt, diesen Schritt zu thun, so war wieder Heine nicht der Mann, der aus republikanischen Prinzipien heraus eine Annäherung an Hofkreise so schroff von sich gewiesen hätte. Die Anekdote S. 103 ist gut, nur habe ich sie immer von Saphir erzählen hören. Dieser soll einem Bankier, der ihn bat, sich in sein Album einzutragen, den Witz geschrieben haben: „Leihen Sie mir fünfzigtausend Gulden und vergessen Sie auf ewig Ihren Freund M. S. Saphir.“ So hat die Sache Hand und Fuß; behauptet man aber, Heine habe sich einen so bössartigen Witz mit seinem Onkel Salomon erlaubt, so ist das nicht recht glaublich. Er war gegen diesen millionenbesitzenden Onkel immer voll Respekt und selbst für den Preis von 100,000 Mark Banko, die hier Frau Maria Embden nennt, hätte er nicht vom Onkel vergessen sein wollen.

Dies meine Ansicht über ein paar der neueren Anekdoten; die kleinen Züge von Frau Mathilden's Papagei, von der Wurst in der Reisetasche, von der Urjasche des Zerfalls mit Meyerbeer u. s. w. sind schon in meinem vor vierundzwanzig Jahren erschienenen Buche zu lesen gewesen!

Im Ganzen gewinnen wir durch diese Schrift wie durch

das frühere Buch Maximilian Heine's Einblicke in einen Familiengest, der zu dem Heinrich Heine's, dieses wahrheitsliebenden Genius, in schroffem Widerspruch steht. Die jüdische Abstammung, die bescheidene Herkunft des Vaters und der Mutter, die beschränkten Vermögensverhältnisse der Eltern, der revolutionäre Zug in Heine's literarischer Wirksamkeit werden von den Nachgeborenen als Makel empfunden. Verwandtschaftliche Mißlichkeiten, die im Leben Heine's eine so furchtbare Rolle spielten —

Ach Blutsfreunde sind es eben
Welche mir den Tod gegeben,
Leicht erspäht Familienlist
Wo der Geld verumbar ist —

werden hier weggeleugnet — Alles geht in der Familie auf's Beste zu.

Und dies kann uns einen Fingerzeig geben, warum das gewiß so unendlich werthvolle Buch der Heine'schen Memoiren dem Publikum vorenthalten bleibt und wenigstens in unverständlicher Form kaum je in die Öffentlichkeit gelangen wird. Die Existenz dieser Memoiren wird nun aber von der Princiessa geradezu bestritten. Sie ist überzeugt, „daß die Memoiren nicht existiren und nicht existirt haben“. (Der in Wien lebende Bruder des Dichters, Gustav Heine, hat inzwischen zugestanden, sie zu besitzen, sagt aber zugleich, daß sie nie an die Öffentlichkeit kommen werden.) „Es ist möglich“, sagt Maria della Rocca, „daß Heine behauptete, sie geschrieben zu haben, und daß er Andeutungen in diesem Sinne seinen Freunden gegenüber gemacht habe (e che ne abbia poi fatto cenno ai suoi amici), aber von da bis zur Ausführung sei weit. „Als zwischen ihm“, sagt sie, „und dem generösen Karl Heine Debatten über die dem Dichter gewährte Rente stattfanden, setzte dieser sich hin und schrieb einige Blätter, die er „Memoire“ betitelte. Er gab diese Blätter seiner Frau und sagte: „Bewahre sie wohl! Am Tage, an welchem man Dir die Auszahlung der Rente verweigern wird, drohe mit deren Veröffentlichung.“ Mein Bruder, alleiniger Erbe der Schriften und Papiere Heine's, hat mir aber gesagt, daß diese Blätter nichts enthielten, was das Publikum interessieren könnte. Frau Heine jedoch bewahrt dieselben und vermeint in ihnen einen Schatz zu besitzen. Wenn aber einst famose Memoiren erscheinen, so erkläre ich sie für unecht, selbst wenn sie aus österreichischen Archiven kämen.“

So die Fürstin. Indes liegt doch schon ein Theil dieser Memoiren dem Publikum vor. Die im XVI. Bande der gesammelten Werke aufgenommenen „Geständnisse“ sind jedenfalls ein Bruchstück derselben. Die Fürstin glaubt, in ihrer Eigenschaft als Verwandte mehr zu wissen; sie nimmt an, ihr Onkel habe seine Freunde irregeführt und die Existenz eines Buches behauptet, das nicht existierte. Ich dagegen bin der Ueberzeugung,

was die Verwandten auch davon denken mögen, daß die bloße Verwandtschaft für Heine von keiner entscheidenden Bedeutung war, und daß er gegen Einen, den er als seinen Freund erkannt hatte, mittheilsamer und aufrichtiger sein konnte, als gegen zehn Verwandte. Ich meinstheils habe Gelegenheit gehabt, den kranken Dichter öfter zu sehen und habe längere Zeit mit ihm verkehrt, als alle seine Verwandten und Brüder im Laufe der Jahre zusammen genommen, und ich behaupte, daß die vier letzten Lebensjahre Heine's fast ausschließlich der Ausarbeitung der Memoiren gewidmet waren.

Der Auffindung der Tantalosstadt durch Dr. Carl Humann

wird in der „Wochenschrift für Ing. und Arch.“ ein Feuilleton gewidmet, welchem wir einige interessante Stellen entnehmen: „In das Innere der unwegsamen fast vegetationslosen Trachtklippen des östlichen Sipylus war noch kein europäischer Fuß gedrungen: von den Spuren früherer Kultur kannte man nichts, als das in steiler Höhe an dem Nordrande des Gebirges in einer Felsnische befindliche verwitterte Kolossalbild eines Weibes, aus dem gewachsenen Felsen gemeißelt, welches 1699 von Ghishull entdeckt, zuerst 1842 in einer Zeichnung von Stenart erschien und als eine Niobe erklärt wurde, während spätere Besucher sich dieser Erklärung theils angeschlossen, theils das Bildniß als das der Göttermutter Kybele anjahen. Gelegentliche Bemerkungen des Pausanias (Edit. Teubner II, 22; V, 13; VIII, 17) berichteten von einem „See des Tantalos“, dem Grabe dieses Stammvaters des ungeliebten Atidengeschlechtes und von dem „Throne des Pelops“, alle drei an und auf dem Sipylusgebirge. Schon frühere Reisende hatten die Frage zu beantworten gesucht, wo die Alten sich diese Städte gedacht haben: Procoptes, Thabrier, Richter, Profesch, Osten, Hamilton, Tegier, der zu Ende der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts Kleinasien längere Zeit durchstreifte, um die Ergebnisse seiner Forschungen in einem ebenso umfassen und trefflich ausgestatteten, wie leider ungründlichen Werke niederzulegen, glaubte den See des Tantalos an dem Kys göl (Mädchen-See) nordöstlich von Smyrna suchen zu müssen, und sah die Ruinen einer uralten Atropolis mit vorgehobener Felsmauer für die alte Tantalos, den Stammvater des Atidengeschlechtes an. Auch das Grab des Tantalos glaubte er in einem der vielen dort gelegenen Tumuli entdeckt zu haben. Die Besteigung des Sipylus durch Humann hat diese Annahmen auf das Vollkommenste bestätigt. Von einem Kaltbrenner geführt, unternahm der rüthige Forscher trotz des glühenden sommerlichen Sonnenbrandes den überaus beschwerlichen Aufstieg durch die pfablose Wildniß. Der Fels fällt hier an der Nordseite in fast senkrechten Terrassen ab, deren einzelne Abfälle meist über ein Meter und oft bis zu fünf Meter hoch sind, und daher der Besteigung überaus große Schwierigkeiten darbieten. Über überall wußte der fundige Sohn des Gebirges, dessen Führung Humann sich anvertraut hatte, einen Weg zu finden oder zu bahnen. Oberhalb des „Niobe“-Bildes, etwa in halber Höhe des Gebirgsammes, stieß man auf die Spuren eines uralten in den Felsen gehauenen Weges und versuchte, ihm zu folgen. Aber gewaltige Felsstrümmen, die eins der jüngsten furchtbaren Erdbeben himmelsgleicher hatte, verperrten ihn dergestalt, daß man von seiner Verfolgung abstehen und wieder den selbstgewählten Weg über die Felsterrassen aufnehmen mußte. Bald darauf zeigten sich die Spuren menschlicher Be-

Neujahr erfolgen und etwa 25 Kandidaten umfassen. Mehrere Blätter vermuthen, daß der Löwenantheil an dem erwarteten Wahlschub den Polen zufallen werde und die „Presse“ findet dies völlig begreiflich, da die Polen im politischen Leben Oesterreichs in der That eine vermittelnde Parteilage einnehmen, welche den Plänen und der Haltung des Kabinetts Taaffe am ehesten entspricht. Das „Waterland“ giebt seiner Erwartung Ausdruck, daß die bevorstehende Bervollständigung des Herrenhauses in keinem Falle den Deutsch-Liberalen weiteren Sukkurs bringen werde. — Das Verbot der Linzer Bauernversammlung findet nicht die Zustimmung der Wiener Presse. Das „Fremdenblatt“ warnt eindringlich vor weiterer Belastung des kleinen Grundbesitzes, indem solch eine „Verirrung der Steuerpolitik“ jene Bewegung unter den ländlichen Massen thatsächlich hervorgerufen könnte, die heute „im Gefühle zu weit getriebener Vorsicht“ von den Behörden hintangehalten werden soll. Das Komite, welches die unterfragte Versammlung einberufen hatte, beschloß gestern in Linz, die Privat-Bauernversammlung auf den 10. Januar 1881 zu verlegen, eine Deputation zum Kaiser zu senden, gegen das Verbot beim Reichsgerichte zu rekurren und sich mit einem Proteste auch an den Ministerpräsidenten zu wenden. Die Bewegung unter den österreichischen Bauern nimmt täglich an Umfang und Intensität zu. Die große Bauernversammlung in Linz konnte inhibirt werden, die spontanen Versammlungen in den Märkten und Landstädten der Alpenländer entziehen sich der administrativen Voraufsicht; das Verbot für Linz wirkt auf die Landbevölkerung lediglich aufwiegeln.

Frankreich.

Paris, 27. Dezember. [Ansprachen Rocheforts. Louise Michel.] Henri Rochefort erschien gestern zum ersten Male seit seinem großen Handel mit Gambetta in einer von 2500 Personen besuchten Versammlung der Vorstadt Belleville und bald darauf in einer Vorlesung, welche von dem Vereine „La Pensée Libre“ in der Vorstadt Batignolles veranstaltet worden war. An beiden Orten richtete er an die Zuhörerschaft, die ihn mit der alten Sympathie begrüßte, kurze Ansprachen, welche wir nach dem Intranfigeant wiedergeben. In Batignolles, wo nach ihm Louise Michel und Paula Minck sprachen, sagte Rochefort: „Mit besonderem Vergnügen sehe ich mich wieder in Eurer Mitte, nach den schmachvollen Zettelleien, welche der Opportunismus angestiftet, um uns zu veruneinigen. Unsere Gegner haben sich wie Schufte aufgeführt, aber, möchte ich gleich hinzufügen, wie Einfaltspinsel. Sie wollten Albert Joly, dem sie die Unsterblichkeit verhießen, ein Denkmal errichten und zwingen uns zu der Enthüllung, daß Albert Joly, dieses angebliche Muster der Redlichkeit und Uneigennützigkeit, von dem Ehrenrathe der Advokaten auf sechs Monate suspendirt worden ist, weil er Papiere, die seinem Klienten, dem Kommune-general Rossel gehörten, entwendet und zu verkaufen gesucht hatte. So hatte er auch mich verkaufen wollen und deshalb aus seiner Advokatenmappe einen von mir unter seinem Diktate geschriebenen Entwurf hervorgeholt. Es war dies ein Vertheibigungsmittel, das er mir vorgeschlagen hatte und dessen ich mich schlechterdings nicht bedienen wollte; dafür machte er selbst davon im Jahre

arbeit. Es waren in den Fels gearbeitete Grabstätten. Zwei übereinanderliegende, wohl in Beziehung zu einander stehende Gräber zeichneten sich durch ihre Größe besonders aus; das obere geht als senkrechter Schacht in den Felsen hinab, das untere dringt in Form eines viereckigen Stollens in denselben. Der Fels ist an der Eingangsseite etwa in doppelter Manneshöhe senkrecht abgearbeitet und geglättet, oben aber zu einer kolossalen glatten, schräg liegenden Fläche ausgerichtet, die von den drei an den Berg grenzenden Seiten von einer Wassertonne umgeben ist und so einer ungeheuren Platte gleicht, welche würdig erscheint, das Grab eines jener ältesten Helden zu bedecken. Die Grabanlagen wurden vermauert und gezeichnet. Nach stundenlangem, rastlosem Emporklimmen gelangten die beiden einsamen Wanderer auf den höchsten Kamm des Gebirges, das Barometer gab 350 Mtr. Seehöhe an. Der Grat des Sipylos ist hier nur 25 Mtr. breit und fällt zu beiden Seiten in schwindelnder Steile ab. Hier nun zeigte sich eine Reihe von einigen zwanzig in den Fels gearbeiteten menschlichen Wohnungen. In den Rückwänden waren die Balkenlöcher sichtbar, welche das Dachgebälk aufgenommen hatten. Mehrere in den Fels gearbeitete flaschenförmige Cisternen fanden sich vor, die den Bewohnern dieser quellenlosen Steinwüste das Regenwasser gesammelt haben. Humann verfolgte diese Akropolis in ihrer ganzen nur etwa 150 Meter betragenden Ausdehnung. Der schmale Grat steigt in westlicher Richtung langsam an. An seinem äußersten Ende, auf der höchsten Spitze des Berges zeigte sich dem überraschten Blicke ein seltsames Steingebilde. Dieser äußerste Felsblock war durch Menschenhand zu einem Sitze von übermenschlichen Abmessungen hergerichtet. Nahezu 1½ Meter beträgt die Sitzfläche, ein wenig mehr noch die Rückenlehne, deren schon halb gelöste Felsstücke das nächste Erdbeben in die Tiefe zu schleudern droht. Es konnte für Humann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß er sich vor dem Gebilde befand, welches man dem Pausanias als den „Thron des Pelops“ bezeichnet hatte, und daß jene geringen Ueberreste menschlicher Ansiedelungen der Stadt angehören, die in homerischer Zeit schon verschollen, dem späteren Geschlechte als die Geburtsstätte der Tantaliden galt, daß dieser furchtbare zerklüftete Steinwall, von dem das Auge nur mit scheuem Zagen hinabblinzt, von dem es das phrygische Land bis über seine Grenzen hinaus beherrscht, von dem Alterthume als der Felsstock betrachtet wurde, den die Götter in Jorne über den Tisch der Verschlagenen, von dessen Haupte sie des Tantalos Stadt hinabstürzten in die Wellen des darüber zusammen-schlagenden Sees, dessen Spiegel sich unmittelbar unter der Akropolis-stätte ausbreitet, zwischen dem und der Wurzel des Gebirges sich nur ein schmaler Kameelpfad entlang zieht.

* In Betreff der Erlernung der klassischen Sprachen, des Lateinischen und Griechischen, wird vielfach darüber geklagt, daß die studierende Jugend in diesem Sprachstudium keine dem Aufwande der Zeit entsprechenden Fortschritte mache. Diesen Klagen gegenüber ist es nicht ohne Interesse, die Anschauungen eines zu vernehmen, der, wenn er gleich das Studium der Sprachen nicht nach der schulmäßigen Schablone betrieb, ja nur einige Monate lang eine Lateinschule besuchte, doch zu den bedeutendsten Sprachkennern der Gegenwart gezählt werden muß. Dr. Heinrich Schliemann spricht und schreibt, abgesehen von orientalischen Sprachen, alle modernen europäischen und das Lateinische und Griechische; das Urtheil eines eminent praktischen Mannes von solch umfassenden Kenntnissen ist sicherlich in hohem Grade beachtenswerth. Schliemann hat seinem neuesten Werke „Ilios, Stadt und Land der Trojaner“ eine Selbstbiographie beigegeben; in derselben kommt er auf die Methode, die er bei Erlernung der Sprachen angewendet, zu sprechen und äußert sich auch über das Sprachstudium. Folgendes sind die bemerkenswerthesten Stellen: „So warf ich mich

1876 Gebrauch, als er meine Papiere für ein Abgeordnetenmandat von Seine-et-Oise dem Gambetta auslieferte. Die Opportunisten haben ferner den großen Fehler begangen, daß sie das Publikum zwangen, ihre Lage mit der unsrigen zu vergleichen; sie dickbauchig, vollgestopft, alle guten Stellen und alle guten Gefährten der Republik abschöpfend, an der Börse in Gas, Omnibus und Türken jobbern, wir hingegen Leute, die von der nämlichen Republik, welche jene ausbeuten, nur Gewehrshülsen, Degenstiche, Ruin, Strafbarkeit und Verbanung eingeheimst haben. Der Vergleich war ganz angezeigt und es war von ihnen eine arge Unvorsichtigkeit, daß sie ihn auch nahe legten.“

Die Versammlung votirte Rochefort mit allen gegen sechs Stimmen ihre Glückwünsche. In der Salle Xavier (Belleville) ließ sich der Redakteur des Intranfigeant wie folgt vernehmen: Bürger! Ich kann Euch nicht sagen, wie tief ich von der Aufnahme, die Ihr mir bereitet, gerührt bin. Ich würde Euch von meiner Person sprechen, wenn die Ereignisse, welche bevorstehen, uns dazu Zeit ließen. Nur einen Rath möchte ich Euch geben. Ihr habt sehen und ermessen können, wessen die Opportunisten fähig sind. Wenn man weder vor Verleumdung noch vor materieller Fälschung zurückschrickt, dann schrickt man überhaupt vor Nichts mehr zurück. Nun denn, die Gemeindevahlen rücken heran. Bedenkt, was unserer harret, wenn Paris in die Hände dieser Menschen fiele, die nicht bloß Lügner sind, sondern auch von anrüchigen Geschäften leben. Wenn die opportunistische Liste durchdringt, werdet ihr das Gas, welches Ihr zu dem Preise von 30 Centimen für den Kubikmeter mit Recht schon zu theuer findet, mit 35 oder 40 Centimen bezahlen müssen, da alle Gasaktien in den Händen Gambettas sind. Das Palais Bourbon ist heute, wie unter dem Kaiserreiche, ein ungeheures Spekulationsfeld. Man sagt nicht mehr wie ehemals: Morny ist an dem Geschäft theilhaftig, sondern: Gambetta ist an dem Geschäft theilhaftig. Euer Verhalten ist also klar vorgezeichnet. Es wird Euch genügen, daß die „Republique française“ Euch einen Kandidaten empfiehlt, um gegen ihn zu stimmen. Wir werden übrigens Liste gegen Liste stellen. Ich beschwöre Euch also, Bürger, dem bevorstehenden Kampfe nicht gleichgültig zuzusehen. Es gilt nicht nur das Vermögen der Stadt und der Steuerpflichtigen, sondern auch ihre Ehre zu retten.“ In diesem Kreise empfing Rochefort eine förmliche Ovation.

Holland.

In Holland regt es sich, um den Stammverwandten im Transvaallande wenigstens moralische Hilfe zu bringen. Wie wir aus dem „Utrechtsh. Prov. en Stedelyk Dagblad“ erfahren, haben sich angefehene Männer aus den Niederlanden zusammengethan, um einen Aufruf an die britische Nation zu richten, in welchem sie an das Gerechtigkeitsgefühl derselben appelliren. Es wird in demselben daran erinnert, daß Gladstone selbst gegen die Annexion des Transvaallandes als eine unrechtmäßige protestirt hat.

„Ihr Briten — so heißt es wörtlich — die ihr selbst ein freies Volk seid, müßt Sympathie fühlen mit dem kleinen Volksstamm, den das mächtige Großbritannien zwar vernichten und vertreiben, aber niemals unterjochen kann. Wir wagen deshalb an die britische Nation

denn mit besonderem Fleiß auf das Studium des Englischen, und hierbei ließ mich die Noth eine Methode ausfindig machen, welche die Erlernung jeder Sprache bedeutend erleichtert. Diese einfache Methode besteht zunächst darin, daß man sehr viel laut liest, täglich eine Stunde nimmt, immer Ausarbeitungen über uns interessirende Gegenstände niederschreibt, diese unter der Aufsicht des Lehrers verbessert, auswendig lernt und in der Stunde aufsaugt, was man am Tage vorher vorrätig hat.“ Eine der letzten Sprachen, welche Schliemann erlernte, war Altgriechisch, später noch studirte er gründlich Lateinisch. Er schreibt hierüber: „Nun beschäftigte ich mich zwei Jahre lang ausschließlich mit der altgriechischen Literatur, und zwar als ich während dieser Zeit beinahe alle alten Klassiker kursorisch durch. Die Ilias und Odyssee aber mehrmals. Von griechischer Grammatik lernte ich nur die Deklinationen und die regelmäßigen und unregelmäßigen Verba, mit dem Studium der grammatischen Regeln aber verlor ich auch keinen Augenblick meiner kostbaren Zeit. Denn da ich sah, daß kein einziger von all' den Knaben, die in den Gymnasien acht Jahre hindurch, ja oft noch länger, mit langweiligen grammatischen Regeln gequält und geplagt werden, später im Stande ist, einen griechischen Brief zu schreiben, ohne darin Hunderte der größten Fehler zu machen, mußte ich wohl annehmen, daß die in den Schulen befolgte Methode eine durchaus falsche war; meiner Meinung nach kann man sich eine gründliche Kenntniß der griechischen Grammatik nur durch die Praxis aneignen, d. h. durch aufmerksames Lesen klassischer Prosa und durch Auswendiglernen von Musterstücken aus derselben. Indem ich diese höchst einfache Methode befolgte, lernte ich das Altgriechische wie eine lebende Sprache. So schreibe ich es denn auch vollständig fließend und drücke mich ohne Schwierigkeiten darin über jeden beliebigen Gegenstand aus, ohne die Sprache je zu vergessen. Mit allen Regeln der Grammatik bin ich vollkommen vertraut, wenn ich auch nicht weiß, ob sie in den Grammatiken verzeichnet stehen oder nicht. Und kommt es vor, daß jemand in meinen griechischen Schriften Fehler entdecken will, so kann ich jedesmal den Beweis für die Richtigkeit meiner Ausdrucksweise dadurch erbringen, daß ich ihm diejenigen Stellen aus den Klassikern zeige, in denen die von mir gebrauchten Wendungen vorkommen.“ „Was die lateinische Sprache betrifft, so sollte dieselbe meiner Meinung nach nicht vor, sondern immer nach der griechischen gelehrt werden.“ In einer Note heißt es: „Mit Vergnügen vernehme ich von meinem hochverehrten Freunde Professor Rudolf Virchow in Berlin, daß er die klassischen Sprachen in ähnlicher Weise gelehrt hat. Er schreibt mir über den Gegenstand Folgendes: „Bis zu meinem 13. Jahre erhielt ich in einer pommerischen Stadt Privatunterricht. Mein letzter Lehrer dort war der zweite Prediger, dessen Methode darin bestand mich sehr viel ex tempore überlesen und schreiben zu lassen; dagegen ließ er mich auch nicht eine einzige grammatische Regel im eigentlichen Sinne des Wortes auswendig lernen. Auf diese Weise gewährte mir die Erlernung der alten Sprachen so viel Vergnügen, daß ich sehr oft Uebersetzungen, die mir gar nicht aufgegeben waren, für mich selber anfertigte. Als ich nach Köslin auf das Gymnasium geschickt wurde, war der Direktor derselben mit meinem Lateinischen so zufrieden, daß ich bis zu meinem Abgang von der Schule sein besonderer Ziebling blieb. Andererseits aber konnte der griechische Lehrer, Professor Grieben, welcher Theologie studirt hatte, so wenig begreifen, wie jemand im Stande sein sollte, eine gute griechische Uebersetzung anzufertigen, ohne die Buttmann'sche Grammatik auswendig zu wissen, daß er mich geradezu des Betruges beschuldigte; selbst als er trotz all seines Aufpassens nie irgendem unerlaubtes Hilfsmittel bei mir entdeckte, verfolgte er mich doch mit seinen unausgesetzten Verdächtigungen bis zum Abiturienten-Examen. Bei demselben examinierte er mich aus dem Neuen Testamente (griechischen Text); als ich gut be-

selbst zu appelliren. Sie wird sich nicht durch solch' einen ungerechten Kampf mit einem kleinen Volk entehren wollen, das nichts anderes verlangt, als in Frieden und Ruhe und unter eigenen Gesetzen den Grund und Boden zu bebauen, den es sich mit viel Mühe und Gefahren erworben hat. Wir tragen uns mit der Hoffnung, daß dieser Appell nicht vergebens sein wird, und daß die bei Euch so mächtige Stimme der öffentlichen Meinung auf das gegenwärtige Ministerium den nöthigen Druck üben wird, um eine ungerechte Maßregel rückgängig zu machen, welche es nach seinen liberalen Gefühlen verurtheilen muß.“

Griechenland.

— [Ueber die Unterhandlungen], welche der deutsche Gesandte in Athen, Herr v. Radowiz, mit dem König Georg und dem Ministerpräsidenten Kumunduros gehabt hat, zirkuliren in der europäischen Presse die sonderbarsten Berichte, denen in der „Pol. Corr.“ von Athen aus und zwar von „berufener Seite“ das folgende Dementi, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, zu Theil wird: „Lieft man die Korrespondenzen, mit denen die jetzt gesuchten Athener Reporter ihre Blätter heimsuchen, dann kann man sich über ihre Effekthascherei und ihren totalen Mangel an Begründung eines mitleidigen Lächelns schwer erwehren. Alles Erlaubte übersteigt jedenfalls die Kühnheit der englischen Reporter, die mit ihren völlig aus der Luft gegriffenen Einzelheiten über die Unterredungen des deutschen Gesandten von Radowiz mit dem Könige Georgios und mit dem Ministerpräsidenten Kumunduros die englischen und französischen Zeitungen förmlich überfluthen. Was Herr v. Radowiz, bekanntlich das Vorbild eines pflichttreuen und diskreten Staatsmannes, gesprochen hat, ist nur vom Könige und Kumunduros gehört worden, die Möglichkeit einer Indiskretion erscheint also ausgeschlossen. Schon daraus geht hervor, daß die mit so großem Applomb in die Welt gesetzten Berichte über diese Unterredungen vollständig erfunden sind. Ueberdies sei hiermit die „Politische Korrespondenz“ zu der Versicherung autorisirt, daß den über die Unterredungen des Herrn von Radowiz mit dem Könige und Herrn Kumunduros in der europäischen Presse kursirenden Einzelheiten auch nicht ein wahres Wort zu Grunde liegt.“

Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 30. Dezember. Die offizielle Verfügung betreffend die Herabsetzung des Zolles auf importirtes Salz, die Erhöhung des Zolles auf importirte ausländische Waare, die Erhöhung der Gildensteuer und die Verdoppelung der Lagermiethe in den Kronspeichern ist erschienen und tritt am 1. Januar 1881 in Kraft. (Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 30. Dezember, Abends 7 Uhr.

Kopenhagen, 30. Dezember. Der deutsche Postdampfer „Kronprinz Friedrich Wilhelm“ ist gestern Abend in dickem Nebel am Halkovriff bei Korsör gestrandet. Das Vorderschiff ist voll Wasser. Passagiere und Post sind geborgen.

stand, erklärte er den versammelten Lehrern, die mir einstimmig ein günstiges Zeugniß ertheilten, daß er gegen mich stimmen müsse, da ich nicht die moralische Reife für die Universität besitze. Zum Glück blieb dieser Protest ohne Wirkung. Nachdem ich das Examen bestanden hatte, setzte ich mich hin und lernte ohne jede Hilfe die italienische Sprache.“

* Die Freisprechung des Doktor-Diplom-Fabrikanten Buchanan. Der „Newyorker Ztg.“ entnehmen wir: Es dürfte in weitesten Kreisen nicht geringes Staunen erregen, daß der berühmte Doktor Buchanan von Philadelphia auf Anordnung des Bundesrichters Butler von den Geschworenen freigesprochen worden, nachdem er der Anfertigung und des Verkaufs von falschen Diplomen geständig erscheint. Die gegen ihn erhobene Klage stützte sich auf die ungesetzliche Benutzung der Vereinigten Staaten-Postanstalten zum Zwecke des Verkaufs seiner falschen Diplome. Seine Freisprechung erfolgte auf Grund einer Anweisung des Richters an die Geschworenen, dahin gehend, daß der Angeklagte die Post nicht zur Ausführung von Betrugsabhandlungen mißbraucht habe, da die Käufer von Diplomen in jedem einzelnen Falle genau wußten, daß die ihnen überlieferten Diplome gefälscht seien. Es liegt daher kein Mißbrauch der Post zur Ausführung eines Betruges vor. Tassen wir den Boden, auf welchem die richterliche Anweisung ruht, etwas schärfer ins Auge, so müssen wir dem Herrn Bundesrichter eine außerordentlich große Fähigkeit, seine technischen Bedenken gelten zu lassen, zusprechen. Das Gesetz macht die Benutzung der Post für betrügerische Zwecke strafbar, und es kann wohl auch in dem Falle des Dr. Buchanan nicht behauptet werden, daß er und in den meisten Fällen wenigstens die Adressaten der Briefe, mit welchen er ihnen seine betrügerischen Diplome sandte, die Natur derselben nicht kannten. Aber der Richter scheint ganz übersehen zu haben, daß der Angeklagte durch Ueberwindung seiner Diplome vermittelst der Post einen unlegbaren Betrug gegen das Publikum ausführte, welches sein Vertrauen in die „Buchanan-Aerzte“ gerade jenen Diplomen zu Liebe hatte, so lange wie der Schwindel nicht entthüllt war. Betrug lag demnach jedenfalls vor, wenn auch nicht die Bogus-Aerzte, sondern das Publikum das Betrogene war. Es fragt sich demnach sehr, ob die Freisprechung zu rechtfertigen ist. Wir möchten es bezweifeln. Der Fall ist ganz analog dem Falle der Versendung von unsittlichen Drucksachen, welche durch Gesetz verboten und strafbar gemacht ist. Es lassen sich Fälle denken, wo unsittliche Drucksachen Jedem demzufolge zugestanden werden, welcher durch sie nicht verdorben wird, z. B. einem Händler. Die Versendung ist aber gleichwohl strafbar, weil man annimmt, daß, wenn auch nicht der Adressat, doch vielleicht Andere durch solche Drucksachen verdorben werden. Unter der Entscheidung des Richters Butler besteht für das Publikum gar kein Schutz gegen einen so großen Betrug, wie der von Dr. Buchanan und seinen Quacksalbern ausgeübte. Ob es in der Absicht der Gesetzgeber lag, solche Gesellen, wie Buchanan, durch ein Dinterthürchen technischer Natur entschlipfen zu lassen oder sie beim Fragen zu packen, wie sie es sicherlich verdient haben, ist eine Frage, welche hoffentlich noch einmal zum Austrage kommen wird. Wenn es sich dann herausstellen wird, daß Bundesrichter Butler den Geist des Gesetzes nicht mißverstanden hat, so wird es an der Zeit sein, das in Kraft stehende Gesetz so zu ändern, daß man Leute vom Schlage des fauberen Herrn Diplomhändlers in der Zukunft der Strafe, die sie verdient haben, theilhaftig werden lassen kann.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Die **Nidlinger**. Erzählung aus dem vierzehnten Jahrhundert von A. von der Elbe. Verlag von Otto Janke in Berlin. Die Erzählung giebt uns ein mit historischer Treue gezeichnetes Bild aus der mittelalterlichen Zeit, in welcher neben dem mächtig aufblühenden Städteleben in Deutschland das Raubrittertum noch in voller Blüte stand. Dietrich von Mandelsloh, der Nidlinger, ist der echte Typus eines jener gewaltthätigen Raubritter, denen der Spruch: „Stehlen und Rauben ist ihre Schand“. Es thut's die Edelsten im Land“ noch als oberste Richtschnur galt. Seine Tochter Adelheid, von ihrem Vater in seinem Sinne erzogen, ist in allen ritterlichen Künsten wohl erfahren und beteiligt sich an den Raubzügen ihres Vaters, bis endlich ihre Liebe zu einem Bremer Rathsherrn sie zur Erkenntnis bringt, daß ihr Thun unweiblich ist, und sie nun mit eiserner Energie das früher Versäumte nachholt, um dem Geliebten eine würdige Hausfrau zu sein. Neben diesen beiden Hauptfiguren der Erzählung gruppieren sich andere, welche nicht minder der Typus ihrer Zeit sind. Die für die Darstellung gewählte Form tagesbuchartiger Aufzeichnungen eines Mönchs, welcher in Burg Nidlingen als Hausgeistlicher lebte, erleichtert es dem Leser, sich in Gedanken in jene Zeit zu versetzen.

In dem „Historisch-Politischen Jahrbuch“, herausgegeben von Dr. A. Phillips, Verlag von H. v. Decker in Berlin, dessen erster Jahrgang 1. Hälfte soeben erschienen ist, begrüßen wir ein neues ebenso interessantes wie nützliches Unternehmen. Ueber das Ziel und die Absichten, welche der Herausgeber mit demselben verfolgt, giebt das Vorwort den besten Aufschluß. Darin heißt es: „So sammelt sich ein mächtiges Material der Tagesgeschichte an, das von jedem neuen Tage vermehrt wird. Zerstreut in amtlichen Publikationen der verschiedensten Art, in der Tagespresse wie in unserer reichen Broschürenliteratur, bildet es kein Ganzes... sondern macht es selbst dem langjährigen Politiker schwer, den Faden zu finden, der ihn durch die Fülle der Namen und Zahlen, das Gewirr der Daten und Ereignisse hindurchführt. Der Zweck dieses Jahrbuchs ist, das Material der Tagesgeschichte zu sichten und zu ordnen; Zahlen und Namen, Daten und Ereignisse derart zu gruppieren, daß es einem Jeden leicht wird, sich zu orientieren, der am öffentlichen Leben theilnimmt.“ Der vorliegende erste Jahrgang bringt die Wahlen, Fraktionen und Mitglieder (Namen und biographische Daten) des Reichstags seit 1871 (was Berlin betrifft seit 1867), — der zweite Jahrgang soll eine chronologische Uebersicht der Ereignisse des Jahres 1880 geben unter Beifügung von Aktenstücken u. dergl. m. Es steht demnach zu erwarten, daß, wie der Herausgeber hofft, jeder, der am öffentlichen Leben theilnimmt, das Buch seiner Bibliothek einverleibt, vor allem aber ist es ein willkommenes Nachschlagebuch für Publizisten, Redaktionen, Mitglieder der Parlamente und der Regierung. (K. C.)

In geodätischen Kreisen ist es stets als ein Uebelstand empfunden worden, daß bei Herstellung von Kartenwerken zur Bezeichnung derselben Gegenstände seitens der einzelnen Verwaltungen verschiedene Signaturen angewendet wurden. Während für Uebersichtskarten aller Art sich nach und nach auch in der Zivilverwaltung die Musterblätter des Generalstabes eingebürgert hatten, waren für Spezialkarten innerhalb der einzelnen Ressorts, namentlich in der Katasterverwaltung, der landwirthschaftlichen, der Forst- und der Bauverwaltung, verschiedene Musterblätter im Gebrauch, welche den Feldmesser, der für verschiedene Verwaltungen arbeitete, jedesmal erst zum Studium der betreffenden abweichenden Normen nöthigten und ihn nicht selten in die Lage brachten, ein und dasselbe Zeichen in verschiedenen Karten für verschiedene Gegenstände und umgekehrt anzuwenden. Diesem Uebelstande ist nunmehr abgeholfen. Nach längeren Verathungen innerhalb des Zentraldirektoriums der Vermessungen im preussischen Staate, in welchem sämtliche betheiligte Verwaltungen vertreten sind und deshalb den Interessen aller Verwaltungen gleichmäßige Rechnung getragen wird, sind für alle Uebersichtskarten die Signaturen des Generalstabes allgemein angenommen, für Spezialkarten aber zur Darstellung aller Gegenstände von allgemeiner Bedeutung einheitliche Signaturen festgestellt worden, welche bei künftiger herzustellenden Kartenwerken allgemein zur Anwendung kommen sollen. Die hierauf bezüglichen Bestimmungen des Zentraldirektoriums haben die Genehmigung des königlichen Staatsministeriums erhalten und sind nebst den zugehörigen Musterblättern vor Kurzem unter dem Titel „Bestimmungen über die Anwendung gleichmäßiger Signaturen für topographische und geometrische Karten, Pläne und Risse“ in H. v. Deckers Verlag, Marquardt u. Schend, Berlin G., Niedermallstraße 22, erschienen. Der Preis eines Exemplars ist auf 2 Mark festgesetzt worden.

Poales und Provinzielles.

Posen, 30. Dezember.

Der neueste Sturm gegen das städtische Simultanschulwesen. Der neueste Sturm gegen das städtische Simultanschulwesen hat seine Veranlassung nicht allein in dem „wohlwollenden Entgegenkommen“ des Unterrichtsministers v. Buttkamer gegenüber allen Forderungen bezüglich der Konfessionalität der Schulen, sondern in einer Reihe von Maßregeln und Schritten, welche die Oberbehörden zur völligen Klarstellung der Verhältnisse und Einführung neuer Einrichtungen unternommen haben. Die Polen und Ultramontanen erblicken in jeder dieser Maßregeln ein Nachgeben und eine Aenderung des Systems und glauben die Zeit gekommen, ihre Forderung auf völlige Beseitigung der ihnen verhassten Simultanschulen mit Erfolg richten zu dürfen. Dabei gehen die polnischen Blätter bei ihren Behauptungen von Annahmen aus, die oft naiv, in den meisten Fällen aber gar nicht vorhanden sind: es ist eben bekannt, wie wenig die polnische Presse in ihrer Berichterstattung informiert und zuverlässig ist. Gänzlich falsch sind beispielsweise die thatsächlichen Mittheilungen, welche diese Blätter über die von den Ministerialräthen Dr. Wäzold und Dr. Gisser in der hiesigen Stadt und der Provinz vorgenommenen Schulrevisionen, sowie über die unter dem Vorsteher des Oberpräsidenten Günther mit diesen und den Schulräthen der Provinz und unter Zuziehung mehrerer Kreisschulinspektoren abgehaltenen Konferenz gebracht haben. Die polnischen Blätter leben immer noch in der Einbildung, Zweck und Resultat jener Konferenz sei der Beschluß gewesen, mit Beginn des nächsten Schuljahres eine Vermehrung der Unterrichtsstunden für das Polnische über die Oberpräsidial-Bestimmungen hinaus eintreten zu lassen. Von alledem ist in der Konferenz gar nicht die Rede gewesen; es handelte sich vielmehr um die durch den Herrn Oberpräsidenten schon früher den beiden Regierungen der Provinz Posen und von diesen den Kreis- und Lokal-Schulinspektoren zur Begutachtung unterbreiteten Fragen, 1. ob es zweckmäßig sei, den polnischen Schreib- und Lesunterricht gleichzeitig mit dem deutschen zu beginnen oder mit jenem erst später anzufangen, wenn die polnischen Schulkinder schon deutsch lesen und schreiben können, 2. ob sich für die ultrakatholischen Schulen unserer Provinz die sogenannte „Normalwörter-Methode“ für den Schreib- und Lesunterricht empfehle. Die Konferenz-Beschlüsse, welche sich streng in dem Rahmen der Oberpräsidial-Bestimmungen bewegen, lassen die bewährten Schulzustände der Provinz unverändert, weil alseitig konstatirt worden ist, daß unser Volksschulwesen sehr erhebliche Fortschritte gegen früher gemacht hat und bei der besseren Organisation selbst im Polnischen Tüchtigeres als ehemals geleistet wird. Daß sich gegen eine solche Erkenntnis die Leiter der polnischen Agitation absichtlich verschließen, daß Niemanden in Erlaunen setzen, da eine objektive und gerechte Beurtheilung der Sachlage ihr Gegniss über den Haufen werfen würde. — Am meisten tendenziös und verkehrt wird von der polnischen Presse, ganz besonders vom „Dzienn. Poin.“, das Simultanschulwesen der Stadt Posen beurtheilt, und doch ist es so leicht,

gerade hier sich durch Augenschein Ueberzeugung zu verschaffen. Doch das Letztere liegt wieder nicht in dem System der Anschuldigung und Verhöhnung. Der Haß der polnischen Agitatoren geht soweit, daß sie auch die jämmerlichste polnische Nationalität der aufs beste eingerichteten Simultanschule vorziehen würden. Aus diesem Gefühl des Hasses ist es allein zu erklären, wenn vor einigen Tagen der „Dzienn. Poin.“ in einem von Gift und Galle strotzenden Leitartikel blühend gegen jede Erweiterung des städtischen Simultanschulwesens zetert und die Stadtverordneten auffordert, für solche Zwecke auch nicht einen Pfennig zu bewilligen. Der arme „Dziennik“, er kämpft wieder einmal gegen Windmühlen! Was er als beschlossene Sache des Magistrats hinstellt, nämlich die Errichtung einer V. Stadtschule für Posen, ist an maßgebender Stelle, wie wir zuverlässig versichern dürfen, gar nicht erst zur Sprache gekommen: es waltete leider andere Gründe ob, die es nicht rathsam erscheinen lassen, für die Errichtung eines neuen Schulsystems gegenwärtig der Kommune neue Opfer zuzumuthen. Wenn der „Dziennik“ direkte Nachfrage gehalten hätte, so würde er unschwer haben erfahren können, wie sehr er sich im Irrthum befindet. Eine Freude eigener Art empfindet die polnische Presse über die Verfügung der k. Regierung, durch welche die Ertheilung und Beaufsichtigung des evangelischen Religionsunterrichts in den posener Schulen den evang. Geistlichen der Stadt übertragen wird; mit Recht erblicken sie in dieser Maßregel einen Schritt, der in seiner Konsequenz die Beseitigung der Simultanschulen und die Ersetzung derselben durch Konfessions- und Nationalschulen zur Folge haben muß, und da eine solche Auflösung der Kommunal-schulen doch nicht ohne Beschluß der Kommunal-Vertretung vorzunehmen ist, so legt der „Dziennik“ den Schwerpunkt in diese und bedroht alle Stadtverordneten jüdischen Glaubens mit dem ganzen Haß des polnischen Böbels, wenn sie nicht mit den 5 polnischen Stadtverordneten für die Beseitigung der Simultanschulen stimmen werden. Nun, soweit wie der „Dziennik“ dies glaubt, ist die Gefährdung des hiesigen Simultanschulwesens denn doch noch nicht vorgeschritten, und es steht selbst zu hoffen, daß die angeordnete Hineinziehung der gesamten evangelischen Geistlichkeit in unsere Schulen in der einen oder der anderen Form rückgängig oder doch unschädlich gemacht werden wird. Höchst bedauerlich ist es ja, daß eine Verfügung, wie die erwähnte, hier überhaupt erscheinen konnte. Im Uebrigen aber dürfen wir zur Vertretung der Stadt Posen das feste Vertrauen hegen, daß sie sich die großen Errungenschaften auf dem Gebiete des kommunalen Schulwesens von keiner Seite ohne energischen Widerstand wird verkümmern und entreißen lassen.

r. Im Volksgarten-theater, dessen Inhaber nach Kräften bemüht ist, dem Publikum stets neue Unterhaltung zu bieten, werden in nächster Zeit mehrere Operetten aufgeführt werden, darunter „die schöne Galathee“, „Pariser Leben“, „Dichter und Bauer“ etc. Die Hauptrollen in diesen Operetten wird Frau Schäfer-Kruse am Thalia-Theater in Berlin, welche von der Direktion des Volksgarten-Theaters für eine Reihe von Gastspielen gewonnen worden ist, übernehmen. Die berliner Zeitungen sprechen sich sehr günstig über diese Sängerin aus und rühmen an derselben: prächtige Erscheinung, elegantes Spiel und brillante Stimmittel.

r. Der Männerturnverein „Vorwärts“ beging am 27. d. M. im großen Lambert'schen Saale unter großer Theilnahme sein erstes Wintervergnügen im laufenden Halbjahre. Es wurde dabei von Mitgliedern des Vereins, resp. deren Angehörigen, in recht gelungener Weise ein Schwank: „Turnerlust“ aufgeführt. Daran schloß sich ein Schauturnen am Reck, Pferd und Barren, sowie Rübungen, die den besonderen Beifall der Zuschauer hervorriefen; den Schluß machte ein Tanzkränzchen, welches erst in früher Morgenstunde sein Ende erreichte. Bei dem Feste waren auch die Turnvereine aus Dobornik, Rogasen und Gubrau durch mehrere Gäste vertreten.

r. Amerikanische Äpfel. Während der Weihnachts-Feiertage sind auch hier große Mengen amerikanischer Äpfel verzehrt worden, welche, in Folge des durch die Nachfröste im Mai d. J. verursachten Mißrathens des Kernobstes in fast ganz Deutschland, von Amerika in großen Mengen eingeführt werden. Diese Äpfel entsprechen zwar in Betreff des äußeren Aussehens nicht denjenigen Anforderungen, die man an einen „Weihnachtsapfel“ stellt, indem sie meistens einfarbig graugrün sind; dagegen haben sie einen angenehmen erfrischenden Geruch, eine feine Säure und ein sehr zartes Fleisch. Das Pfund davon wird von hiesigen Händlern mit 35 Pf. verkauft, hat also etwa denselben Preis, wie das Pfund guter deutscher Äpfel.

r. Das Pferd, welches, wie im gestrigen Abendblatt mitgetheilt worden ist, in der hiesigen Offizier-Reitbahn stürzte und dabei den einen Vorderfuß brach, ist nicht in die Köschlächerei gebracht, sondern im Stalle verendet und dann nach der Abdeckerei geschafft worden.

□ Schrimm, 28. Dezember. [Vortrag. Weihnachtsfeier. Unfall. Brückenjoll. Gesangsvereins-Fest.] In voriger Woche hielt Herr Professor Dr. Schäfer im hiesigen Kriegerverein einen Vortrag über Kindergärten, welcher auch von vielen Damen und Herren der höheren Stände besucht war und einen recht genussreichen Abend bereitete. Nächsten derartige ebenso belehrende wie unterhaltende Vorträge nur recht häufig stattfinden. — Am 22. d. M. fand im Scharfberg'schen Saale durch die Vorsteherin des hiesigen Kindergartens, Frau Bierhold, eine Weihnachtsfeier statt, welche von ca. 50 Kindern aller Konfessionen besucht war. Nach mehreren Gesängen, Vorträgen, Spielen etc., von Kindern im Alter von nur 3—5 Jahren mit solcher Begeisterung und Eingabe ausgeführt, daß wohl in jedem Elternauge vor Nührung eine Freudenthräne glänzte, ward dann der große Christbaum geplündert und dessen mannigfachen Schätze an die Kinder vertheilt. Den Höhepunkt der Freude erreichte aber die Feier, als die Kleinen in den Besitz ihrer in den Unterrichtsstunden selbst gefertigten und wirklich bewundernswürdigen Arbeiten traten und nun damit strahlenden Antlitzes zu den Eltern eilten, um diesen damit eine Weihnachtsfreude zu bereiten. — Am 26. d. M. ging der Wirth H. aus Nieslabin in etwas stark angebeutetem Zustande nach Hause und taumelte mit solch ungeheurer Behemung den Chausseedamm hinunter ins Wasser, welches durch Uebertreten der Warthe jetzt unsere Stadt von allen Seiten umgiebt, daß nur mit großer Aufopferung mehrerer Arbeiter, welche zufällig die Straße passirten, derselbe vom sichern Tode gerettet wurde. — Mit Schluß dieses Jahres hört auch endlich der so lästige Brückenjoll, welcher von auswärtigen Wagen und Vieh an der Warthebrücke erhoben wurde, auf, und wird der Verkehr in der Stadt dadurch wieder ein viel regerer werden, da dieser Brückenjoll alle sparsamen Landleute abhielt, in das Innere der Stadt zu fahren. — Der Eshlendorferabend wird auch die Mitglieder des hiesigen Männergesangsvereins mit ihren Familien wieder einmal zu einem Feste vereinen, und verspricht ein reichhaltiges Programm, Gesang, Theater, gemeinschaftliche Tafel, Tanz und Verlosung, einen recht genussreichen Abend.

? Lissa, 29. Dezbr. [Verhaftung von Falschmünzern. Streichkonzert.] Vor mehreren Tagen wurden hier zwei junge Menschen verhaftet, welche den Versuch machten, falsche Zehnspfennigstücke, welche sie wahrcheinlich selbst angefertigt hatten, an den Mann zu bringen. Die Verhafteten sind aus dem nahe gelegenen Städtchen B., einer von ihnen war hier mehrere Jahre hindurch in einem Hotel Diener gewesen. Wie es heißt, sollen sie bereits im Verhör gestanden haben. — Am ersten Feiertage gab Kapellmeister Baker aus Rawitsch mit seiner Kapelle im Kaiserhofsaale ein gut besetztes Streichkonzert.

z. Tirschniegel, 28. Dezember. [Hochwasser. Stiftungs-fest. Jubiläum.] Die Obra ist seit einiger Zeit so weit ausgetreten, daß alle an derselben liegenden Wiesen und Acker überschwemmt sind und das Wasser schon vielfach in die Keller der Stadt dringt. Wenn nicht bald Frost eintritt, so wird das viele Rohr, welches an den Ufern der Obra wächst, in diesem Jahre wohl gar nicht geerntet werden können. — Gestern Abend feierte der hiesige Männer-Gesangs-

verein sein diesjähriges Stiftungsfest. Zuerst wurden mehrere Gesänge vorgetragen und dann hielt ein Tanzkränzchen die Festtheilnehmer noch bis gegen 3 Uhr Morgens gemüthlich beisammen. — Am 8. Januar f. J. gedenken die Joel Wolf Ben'schen Eheleute hieselbst im Kreise ihrer Kinder und Freunde ihr fünfzigjähriges Ehejubiläum zu feiern.

± Strzalkowo, 27. Dezember. [Eingeschmuggeltes Rindvieh. Pockenkrankheit. Prämie. Stellvertreterung. Landwirthschaftliches.] In der Nacht vom vergangenen Sonnabend zum Sonntag ist es den beiden Grenz-Aufern Glogner und Klander aus Starbojemo wieder gelungen, 2 Stück Rindvieh, welche von Schmugglern heimlich über die Grenze gebracht wurden, zu konfiszieren. Die Schmuggler konnten aber nicht ergriffen werden, da sie sich sofort, als sie die Beamten erblickten, über die Grenze flüchteten. Das Vieh wurde hierher gebracht, und dann dem hiesigen Ortschulzen und Gutsbesitzer Martin zur Fütterung übergeben. Nach Verlauf von 14 Tagen soll dasselbe, wenn es thierärztlich als gesund erklärt wird, öffentlich von dem hiesigen Distrikts-Kommissarius versteigert werden. — In dem Dorfe Starbojemo herrschen immer noch die Pocken unter den dortigen Bewohnern; es ist in Folge dessen schon seit einiger Zeit der Schulunterricht ausgesetzt. — Am 2. v. M. brannte in Jolephowo die dem dortigen Mühlenbesitzer Ladwig gehörige Windmühle total nieder. Da der Verdacht einer vorsätzlichen Brandstiftung vorliegt, so sichert die Provinzial-Feuer-Sozietäts-Direktion zu Posen demjenigen eine Prämie von 300 Mark zu, der den Thäter derartig zur Anzeige bringt, daß seine gerichtliche Verurteilung erfolgen kann. — Die wegen Veracht der Brandstiftung verhafteten L'schen Eheleute sind, da die Voruntersuchung keine belasteten Momente ergeben hat, laut Beschluß des königl. Landesgericht zu Gnesen außer Verfolgung gesetzt worden. — Die durch die Verlegung des Haupt-Amt-Assistenten Sperling bei dem hiesigen Haupt-Zoll-Amt vakant gewordene Assistenten-Stelle ist einmündel zur Verwallung dem Grenz-Außer Glinfer aus Podzamce (Wilhelmsbrück) und dem Vieh- und Viehwirth Hugo Hammermeister die Stelle eines Einziehungsbeamten von Gerichtskosten übertragen worden. — In Folge der großen Kälte beginnen die Winterfröste auf tiefliegenden Gründen bereits Schaden zu leiden, ja auf vielen Stellen, wo längere Zeit das Wasser gestanden hat, sind dieselben schon ausgefault. Im Frühjahr werden wohl viele Landwirthe genöthigt sein, einen Theil ihrer mit Winterfrösten befallenen Acker wieder umzuackern, um sie mit Sommerfrösten zu besäen.

△ Schneidemühl, 28. Dezember. [Hochwasser. Wohlthätigkeit.] Das Hochwasser ist hier noch immer sehr bedeutend. Unsere Küddow bildet mit den angrenzenden Territorien einen einzigen großen See. — Unsere Schulen und Vereine haben auch in diesem Jahre den Armen die übliche Weihnachtsbesende gereicht.

Landwirthschaftliches.

u. Rawitsch, 28. Dezember. [Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins.] Gestern hielt der landwirthschaftliche Verein unseres Kreises seine Dezember-Versammlung im Schießhause zu Bojanowo ab. An derselben nahmen 76 Mitglieder theil. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit folgenden geschäftlichen Mittheilungen: 1) Von der „Landwirthschaftlichen Zeitung“ unserer Provinz hält der Verein neun Exemplare, die von den Mitgliedern eifrig gelesen werden. 2) Ein Besuch des Vorstandes an das landwirthschaftliche Ministerium um günstigere Bestimmungen in Betreff des Regulatins für Bullenstationen ist ohne Erfolg gewesen. 3) Die Januar-Versammlung findet in Gemeinschaft mit dem hiesigen Handwerker-Verein statt; Professor Hildebrand aus Königsberg wird für beide Vereine einen Vortrag über Dampf- und Kraftmaschinen halten, den er an neun in Thätigkeit gestellten Maschinen erläutern wird. 4) Wanderlehrer Pflüder wird im Anschluß an den in letzter Versammlung gehaltenen Vortrag eine Tabelle über Zusammensetzung der Futtermittel in unserem Kreisblatte zum Abdruck bringen. — Der zweite Gegenstand der Tagesordnung war ein Vortrag vom Wanderlehrer Pflüder über Tiefkultur. Die Veranlassung dazu gab eine Frage, die sich im Fragekasten bei der letzten Sitzung vorand. Wir entnehmen aus dem interessanten, sehr populär gehaltenen Vortrage Folgendes: Man unterscheidet bei der Bearbeitung des Acker eine Flach- und eine Tiefkultur. Geht das Ackergeräth bei der Bearbeitung des Acker nicht über 15 cm. in den Boden, dann wendet der Landwirth die Flachkultur an; alle tiefer gehende Bearbeitung ist Tiefkultur. Letztere ist der ersten vorzuziehen, doch ist sie nicht überall anwendbar. Torf- und Moorboden vertragen sie nicht, da Tiefkultur den Boden lockert, und diese Bodenarten sind an und für sich schon locker. Eine Ackerfrumme, die einen sterilen Untergrund oder felsige Unterschicht hat, die an der Oberfläche nicht verwittert, läßt sie ebenfalls nicht anwenden. Endlich ist sie bei einem Boden nicht anwendbar, dessen Untergrund eine schwache Thonschicht ist, die die Feuchtigkeit schnell hindurchsickern läßt. Wo dagegen diese Thatsachen nicht zutreffen, da wende sie der Landwirth an. Die Vortheile, welche die Tiefkultur gewährt, sind sehr lohnend. Es giebt Pflanzen, deren Wurzel nach der Tiefe gehen. Wollte der Landwirth diesen einen nicht tief geloderten Boden bieten, so würden sie bei dem Vordringen der Wurzel nach unten Kraft anwenden müssen, und dies störte das Wachsen nach oben. Durch das tiefe Acker dringen Luft, Wärme und Feuchtigkeit in den Boden, wecken die im Grunde ruhenden Nährstoffe, die dann zur Verwerthung gelangen. Die Tiefkultur wirkt vortheilhaft bei der Keimung. Samenförner, die nicht tief genug in die Erde gesenkt werden, sind vom Froste gefährdet. Auch tiefergehende Wurzeln sind vor dem Erfrieren geschützt. Namentlich sind die Vortheile dieser Art der Bodenbearbeitung für die Ernährung der Pflanze in die Augen springend. Diefelte entwickelt sich dabei kräftiger und kann somit einen höheren Ertrag gewähren. Kräftige Pflanzen haben entwickeltere Blattorgane, die im Stande sind, viel mehr Nahrung aus der Luft aufzunehmen, als dies bei schwachen der Fall ist. Solche Pflanzen widerstehen auch erfolgreicher ihren Feinden, als Lagern, allerhand Krankheiten, Angriffen von Insekten. Die Tiefkultur erhöht den Bodenreichtum. Bei dem Hinabfallen der Wurzel in tiefere Bodenschichten werden letztere durch das Verwesen der ersten zu erhöhter Thätigkeit veranlaßt. Eine ergiebige Ausnutzung der Dungstoffe kann nur durch diese Art Kultur erreicht werden. Das Umsetzen der Dungstoffe in Nährstoffe erfolgt dabei allmählich, ebenso das Aufgehen der letzteren durch die Pflanzen. Diese schießen dann nicht plötzlich in die Höhe, wodurch bei Halmfrüchten z. B. das Lagern zurückgedrängt wird. Daß aber Getreide, das spät oder wenig lagert, bessere Körner und gesundes Futterstroh hat, ist zur Genüge bekannt. Die Tiefkultur ermöglicht eine schnellere Wiederkehr gewisser Pflanzen, z. B. des Alee's. Endlich macht sie tiefere Erbschichten, die von Eisen verfest sind, durch den Luftzutritt gesund. — Es sind jedoch bei dieser Art der Bodenbearbeitung Vorichtsmaßregeln nöthig. Nasser Boden muß erst durch Drainage entwässert werden, sonst eignet er sich nicht dazu. Frische Düngung muß sofort eintreten, wenn der Landmann auf eine ertragreiche Ernte rechnen will. Letzteres ist es auch, was Viele von der Tiefkultur abhält, sie schützen Mangel an Dünger vor. Jedoch ist dieser Vorwand nicht stichhaltig, denn 1) verfügen wir heute über eine solche Menge künstlicher Düngemittel, daß Niemand deswegen in Verlegenheit zu kommen braucht, und 2) ist es nicht nöthig, daß ein Landwirth auf einmal auf seinem ganzen Areal die Tiefkultur einführt. Die praktische Ausführung dieser Art Bodenbearbeitung ist eine doppelte; sie erfolgt entweder durch's Rigolen oder durch's Acker. Letzteres wird bei großen Flächen angewandt. Vorbereitet wird es durch's Lockern des tieferen Bodens mit Hilfe des Untergumpfluges oder Wühl's; bei kleineren Flächen eignet sich dazu auch die sogenannte Grabgabel. Hierauf folgt ein Doppelpflügen, wobei zwei Pflüge hinter einander gehen. Die Arbeit des zweiten Pfluges kann jedoch auch durch's Graben mit einem

Spaten ersetzt werden. Am wirksamsten ist die Anwendung des Dampfpfluges, der bis 20 Zoll Tiefgang hat. — Der Vortrag schloß mit den Ausprüchen zweier Männer. Staatsrath Albert Bähr sagte von der Tiefkultur: „Jeder Zoll über 6 Zoll Tiefe erhöht den Ertrag um 8 pCt.“, und ein gewisser Müller: „Tiefe vermehren, ist Fläche vergrößern.“ — In der sich daran schließenden recht lebhaften Debatte sprachen sich alle für die Tiefkultur aus. Der Vorsitzende empfahl ein allmähliges Vorgehen, da dem kleineren Landwirthe die Geldmittel zur Beschaffung von großen Düngemittelmengen und zur Bezahlung der Arbeitskräfte oft fehlen. Der Herbst wurde als die geeignetste Zeit für das Tiefpflügen bezeichnet, da der Frost und die Kälte des Winters vorthelhaft auf die zu Tage geförderten todtten Erdschichten einwirken. Wanderlehrer Pfänder empfiehlt, die Tiefkultur auch bei sandigem Boden anzuwenden. Er verwies hierbei auf Belgien, wo der Boden schwer oder sandig ist. Letzterer wird 9 bis 10 Zoll tief gepflügt und die Ernten darauf sind vorzüglich. Daß sandiger Boden durch tiefes Pflügen überraschende Erträge liefert, wurde aus der Versammlung mehrfach bestätigt. Ein Mitglied aus Sierakowo erzählt, daß es auf seinem Acker, der zum Theil Flugland enthalte, mit Anwendung der Tiefkultur 200 Ztr. Rüben pro Morgen gebaut habe. Der Vorsitzende berichtete über die Ernteträge, die Oberförster Dalsow in Krasnobolpa auf diese Weise erzielte. Herr Dalsow hat den schlechtesten Sandboden, den es giebt. Bei einem Tiefpflügen von 15 bis 18 Zoll bringt er den weißen Stubenfand zum Vorschein. Darauf gedeiht Weizen, der dem in Rußland nichts nachgiebt. Er erntet vom Morgen bis 180 Ztr. Kartoffeln und 12 Schfl. von einer Art Erbsen, die er zwischen den Kartoffeln anbaut. Allerdings verfügt Herr Dalsow über viel Dünger. — Hierauf folgten Mittheilungen über die Sojabohne.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Bozen, 28. Dezember.** [Strafkammer.] Heute hatte sich der hieselbst sehr bekannte Agent Friedrich S., welcher vor einigen Monaten wegen Unterschlagung zu acht Monaten Gefängnis verurtheilt wurde, wegen Diebstahls zu verantworten. S. besuchte häufig den Handschuhmacher D. in der Breslauerstraße, um, wie er sich ausdrückte, von seinen Geschäftsgängen auszuruhen, in Wirklichkeit aber, um dem D. Handschuhe zu stehlen. Sobald nämlich ein Kunde erschien, um von D. etwas zu kaufen, zog sich S. nach dem hinteren Theile des Ladens zurück und stellte sich mit dem Rücken an einen Ladentisch, auf dem Pappschachteln mit Handschuhen standen. S. hatte die Hände auf dem Rücken, nahm aus den Pappschachteln Handschuhe und steckte sie in die hintere Rocktasche. D. hat keinen Gehülfen und ist kurzichtig, außerdem zweifelte er keinen Augenblick an der Ehrlichkeit des S. Das Verschwinden von Handschuhen bemerkte er wohl, konnte es sich aber nicht erklären, bis er im Sommer d. J. von einem Freunde auf das Gebahren des S. aufmerksam gemacht wurde. Dieser Freund hatte den S. mehrere Male beobachtet und gesehen, daß die hintere Rocktasche des S. bei seinem Weggange ungewöhnlich weit abstand. Es wurde nun verabredet, dem S. eine Falle zu legen. D. legte in eine Pappschachtel verdorbene Handschuhe. S. erschien wie gewöhnlich, begab sich beim Eintritt eines Kunden an den hinteren Ladentisch und blieb vor der Pappschachtel — die Hände auf dem Rücken — stehen. S. entfernte sich bald und nun wurde auch das Fehlen der verdorbenen Handschuhe konstatiert. S. hatte auf diese Weise dem D. Handschuhe im Werthe von über 100 M. gestohlen. S. befreit die ihm zur Last gelegte That. Der Gerichtshof erachtete den S. zweier vollendeter und eines versuchten Diebstahls für überführt und verurtheilte ihn zu neun Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf ein Jahr.

* Nimmt jemand von einem Wahnsinnigen einen Werthgegenstand an und eignet ihn sich zu, so ist er nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts, III. Strafsenats, vom 19. Juni d. J., wegen Unterschlagung zu bestrafen.

* Die notarielle oder gerichtliche Zession einer Hypothek für ein dafür gewährtes Darlehen mit der damit verbundenen mündlichen oder schriftlichen Abrede, daß bei Rückzahlung des Darlehens nebst Zinsen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die Hypothek zurück zu ziehen sei, bei nicht pünktlicher Rückzahlung des Darlehens die Hypothek eigenthümlich dem Zessionar verfallen sein solle, ist nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts, I. Zivilsenats, vom 5. Oktober 1880, nicht als eine rechtlich wirksame Zession, sondern als eine persönliche Pfandhingabe der Hypothek zu erachten, mit der Abrede, daß das Pfand bei ausbleibender pünktlicher Zahlung der Schuld dem Gläubiger für die Schuld zu fallen solle. Eine solche Abrede ist aber im Geltungsbereich des preussischen Allgemeinen Landrechts in Ansehung beider Kontrahenten wirkungslos, und der Zedent kann auch nach dem Ablauf des Zahlungsstermins die Rückzession der Hypothek gegen Zahlung des Darlehens nebst den vereinbarten Zinsen bis zu dem Tage, an welchem er Zahlung offerirt, beanspruchen.

Staats- und Volkswirtschaft.

* **Münchberg, 28. Dezember.** [Hofenmarktbericht von Leopold Held.] Vom Markte ist nichts Neues zu berichten. Die Rindschafthändler kaufen langsam fort, während der Export in seiner Unthätigkeit verharrt. Der durchschnittliche tägliche Umsatz der letzten Tage beläuft sich auf 200—250 Ballen. Die Stimmung des Marktes ist ruhig fest. Die Preise sind vollständig unverändert.

* **Großbritanniens Eisengeschäft.** In einem interessanten Rückblick auf Großbritannien's Eisengeschäft im Jahre 1880 bemerkt der „Economist“, daß der Umfang des Eisengeschäfts, welches in Folge des außerordentlichen amerikanischen Begehrs in der Zeit von August 1879 bis Februar 1880 gemacht worden ist, alles bisher in der Geschichte des Eisenshandels Dagewesene überstiegen habe. Allerdings war, wie seitdem klar geworden ist, ein guter Theil dieses Geschäfts Spekulation wüßter Art, die allen Beteiligten schwere Verluste zugefügt hat. Der großartige Umfang des Geschäfts ergibt sich daraus, daß die Totalversendungen von Eisen und Stahl nach den Vereinigten Staaten, die in der Zeit vom 1. September 1878 bis 30. August 1879 260,573 Tons betragen hatten, in derselben Periode 1879/80 auf 1,623,333 Tons gestiegen sind. Ein großer Theil dieses Imports befindet sich freilich noch heute unverkauft in den Zolllagern der Haupthäfen der Union. Die plötzliche Wiederbelebung des Begehrs hat, wie nicht anders zu erwarten war, zu einer großen Ausdehnung der Produktion auf beiden Seiten des atlantischen Ozeans geführt. In Großbritannien waren z. B. im November 1879 nur 457 Hochöfen in Betrieb, im März d. J. dagegen 597 und nach einigen Schwankungen im November d. J. noch 589. Die britische Roheisenproduktion wird vom „Economist“ für 1880 auf nicht weniger als 7,200,000 Tons geschätzt. Dies ist die höchste, bisher erreichte Produktion; die nächstgrößte ist diejenige des Jahres 1872 mit 6,741,329 Tons, i. J. 1879 betrug die Produktion nur 5,995,337 Tons. Sehr bemerkenswerth ist, daß wie der „Economist“ hervorhebt, seit der Verminderung des amerikanischen Begehrs eine beträchtliche Besserung im Konjunkturgeschäfte eingetreten ist und einen namhaften Theil der vergrößerten Produktion absorbiert hat. Ein großer Theil dieser Besserung war Folge der vermehrten Nachfrage nach fabrizirtem Eisen (hauptsächlich Schiffsplatten), die sich am meisten im Norden Englands, wo Eisen für den Schiffsbau stark produziert wird, fühlbar machte. Trotzdem hat eine ansehnliche Vermehrung der Vorräthe stattgefunden. Zum Schluß faßt der „Economist“ die Ausichten für die Zukunft dahin zusammen, daß ein umfangreiches amerikanisches Geschäft nicht wieder zu erwarten sei, daß aber die Entwicklung der Nachfrage im eigenen Lande voraussichtlich mit der Zeit die gegenwärtige starke Produktion überholen werde, während für die nächste Zeit freilich sich die Preise auf mäßiger Basis halten würden. Vergleichlich man mit diesem Stand der Dinge die Verhältnisse in Deutsch-

land, so wird man sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß trotz der neuen Rölle bei uns die Sache insofern ungünstiger liegt, als von einer erheblichen Steigerung des inländischen Bedarfs noch nichts zu spüren ist.

Pernisches.

* Aus dem Leben Bismarck's bringt die „Kasseler Ztg.“ folgende „bisher nicht veröffentlichte“ Episode: Ein frankfurter demokratisches Blatt hatte in Betreff der Entfernung der schwarz-roth-goldenen Fahne vom Bundes-Palais zu Frankfurt a. M. im Jahre 1852 sich dahin geäußert, daß es dies Verfahren ganz angemessen finde, da diese Fahne an diesem Orte ihm vorgekommen, wie das Symbol der Unschuld auf einem Prostitutionshause. Der substituirte Präsidial-Gefandte von Bismarck-Schönhausen hatte von dem Senate der Stadt Frankfurt Satisfaktion für diese Injektive und Siderstellung gegen Wiederholung derselben begehrt, der Senat aber erwidert, daß ihm bei den bestehenden Gesetzen kein Mittel zu Gebote stehe, dem Verlangen weder in der einen, noch in der anderen Beziehung zu genügen. Herr von Bismarck hat darauf erwidert, daß ihm unter solchen Umständen Nichts übrig bleibe, als selbst die geeigneten Wege einzuschlagen, und werde er daher, falls nicht binnen 24 Stunden die Satisfaktion ertheilt und die verlangte Garantie geleistet sei, den Redakteur des Blattes arrestiren und dessen Presse militärisch besetzen lassen. Zugleich befragte er den Kommandeur des einen Theil der frankfurter Besatzung bildenden 29. königl. preussischen Infanterie-Regimentes, was er thun werde, wenn eine auf obige Drohung bezügliche Requisition an ihn gelange. Dieser, Oberst Kessel, antwortete, er würde, falls er Befehl vom Bundespräsidio erhalte, kein Bedenken tragen, nicht nur den Redakteur jenes Blattes, Gademann, sondern den ganzen Senat zu arrestiren und auf die Stockwache abzuleiten. Die Folge jener Maßnahmen war die noch am nämlichen Tage erfolgte gänzliche Unterdrückung des fragl. Blattes.

* Aus dem Stillleben am bairischen Hofe. Ein münchener Korrespondent der „W. A. Z.“ schreibt: „Der große an die Aopartements König Ludwigs II. in der münchener Residenz grenzende Wintergarten schließt gegen Osten bekanntlich mit einer Gardine ab, welche eine indische Landschaft darstellt. Die vorletzte war von dem königl. Hofmaler Ferdinand Knab gemalt und gewährte einen Blick auf den Himalaya. Nachmals wurde sie durch eine andere, von dem königlichen Hoftheatermalers Böhl ausgeführt, ersetzt. Während Richard Wagner jüngst mit seinem königlichen Freunde Nachts im sogenannten indischen Zelte beim Champagner saß, ergriff er das Wort und sprach etwa Folgendes: „Hör, Majestät!“ — der König und der Meister bogen sich unter vier Augen — „das frühere Landschaftsbild mit dem Himalaya war denn doch viel bedeutender, als das gegenwärtige.“ Den König schien die Kritik seines Freundes nicht zum Unbehagen zu berühren; er erhob sich bald darauf und gab so Wagner das Zeichen der Entlassung. Nachträglich aber scheint er sich dessen Beurtheilung des Böhl'schen Bildes gleichwohl angeklungen zu haben, denn er durchließ die Gardine am nächsten Tage an mehreren Stellen mit einer Stange.“

* **Stallpöbner, 28. Dezember.** [Ein raufstüßiges Gespenst.] Unter dem Landvolke unseres Kreises herrscht noch immer die abergläubische Annahme, daß die Geister in der Weidenacht Gestalt annehmen und den Menschen Unglück bringen, welche ihnen in der Mitternachtsstunde begegnen. Ebenso schwören noch sehr viele darauf, daß um die Geisterstunde jener Nacht das Vieh im Stalle Sprache hat, doch müsse man sich hüten, dasselbe sprechen zu hören, weil dadurch dem Horcher namenloses Elend drohe. Dem Zweifler werden auf Verlangen auch zahlreiche Beispiele von den Hörden zugefügten Unglücksfällen vorzählbar, die Namen jedoch der vom Unglück Betroffenen werden nie genannt, weil eben der Erzähler dieselben nicht nennen kann. In der jüngst vergangenen Weidenacht hörte ein Abbaubesitzer aus S. einen durchdringenden Hilferuf von seiner Scheune her ertönen; er weckte seinen Knecht und eilte mit demselben der Stelle zu, von der der Ruf kam. Hier fand er, daß ein dort stehender alter Weidenbaum umgebrochen war und daß unter demselben ein betrunfener Arbeiter lag, welcher behauptete, der Baum sei ein Geist, der mit ihm gerungen und ihn fast erdrückt habe, weshalb er genöthigt gewesen sei, Hilfe herbeizurufen. Sekt freilich habe sich der Geist in einen Weidenbaum verwandelt. (Hst.-Ztg.)

* Aus Palästina kommt die Trauerkunde von dem Tode eines deutschen Forschungsreisenden, des Dr. Fr. Moof. Bekanntlich hat Dr. Fr. Niebeck aus Halle im vorigen Sommer eine Reise um die Welt und insbesondere eine Expedition zur Erforschung einiger noch unbekannter Gebiete Afrikas unternommen, und zu letzterem Zwecke die beiden schon von früher her bekannten Afrikareisenden Dr. Fr. Moof und C. W. Kofert engagirt. Die Reise wurde im August d. J. angetreten; sie ging zunächst nach Palästina. Zum größten Bedauern aller, welche den Reisenden die Gewinnung recht bedeutender Ergebnisse ihrer Forschungen gewünscht, ist in diesen Tagen die Kunde von Dr. Moof's Tode eingetroffen. Dr. Moof ist beim Passiren des durch Regen stark angeschwollenen Jordan ertrunken. Dr. Niebeck und die übrigen Gefährten der Niebeck'schen Expedition haben die Leiche gefunden und bei Jericho beerdigt. Weitere Details fehlen noch.

* **Ueber die Entlassung des österreichischen Botschaftsraths Grafen Montgelas** aus dem Staatsdienste theilen wir noch weitere Details in Nachfolgendem mit. Graf Montgelas, eine in wiener und noch mehr in londoner aristokratischen Kreisen viel und gern gezeigte Persönlichkeit, ist auf dem Wege der disziplinären und nicht der strafgerichtlichen Untersuchung seines Amtes entbunden worden. Es hat sich nach der wiener „Presse“ bei der Affaire nicht um Pflichtverletzungen oder Mißbrauch der amtlichen Stellung in gewinnlicher Absicht gehandelt, sondern vielmehr um ein Gebahren mit Amtsgeheimnissen und Dokumenten, welches darauf berechnet war, in London und Konstantinopel eine Politik zu unterstützen, welche nur dem Geschmade des Grafen Montgelas und nicht den Anschauungen des wiener Auswärtigen Amtes entsprach. Montgelas, der schon vor Jahren als junger Beamter im Ministerium der Feld allerlei pikanten und selbst skandalös angehauchter Affären war, hatte vor mehreren Jahren als Botschafts-Sekretär in London sehr intime Beziehungen mit englischen Regierungs- und Torykreisen angeknüpft und er machte dort wiederholte Versuche, eine Allianz zwischen England und Oesterreich herbeizuführen und die Lebensunfähigkeit des deutsch-österreichischen Bündnisses nachzuweisen. Diese eigenmächtige Politik des jungen Mannes wurde vom Botschafter Grafen Beust nicht nur desavouirt, es wurden sogar Versuche gemacht, auf Grund des vorhandenen kompromittirenden Beweismaterials Montgelas aus dem Staatsdienste zu entlassen — aber mächtige Einflüsse brachten es dazu, daß er „strafweise“ nach Konstantinopel als Botschaftsrath versetzt wurde. Dort setzte Montgelas seine Verbindung mit der Umgebung Beaconsfield's und des englischen Hofes fort und verschaffte dieselben mit Informationen, welche über den Gang der österreichischen Politik ausfließen sollten. Bei dieser Gelegenheit kopirte er nicht nur Aktenstücke der österreichischen Botschaft in Konstantinopel, Montgelas machte als echter Anglomane persönlich so rufführende Politik am Goldenen Horn, daß er auch die gründliche Aufmerksamkeit des russischen Botschafters Komarow, welcher Montgelas schon in Wien in einer pikanten Affaire kennen gelernt hatte, auf sich zog. Während Montgelas's Thätigkeit in London Bekommen der deutschen Diplomatie hervorrief, wurde er in Konstantinopel durch Mittheilungen russischer Diplomaten und durch die Bemühungen des österreichischen Auswärtigen Amtes demaskirt und ihm das Schicksal bereitet, das mit Rücksicht auf seine Pflichtvergessenheit milde genug genannt werden muß.

Briefkasten.

S. S. in Breschen. Die Einrichtung des Zwei-Kammer-Sy-

stems in der Republik Frankreich, eines Senats und einer Deputirtenkammer, beruht auf dem Grundgesetz der neuen republikanischen Verfassung vom 24. Februar 1875, dem „Gesetz über die Organisation der öffentlichen Gewalten“, das an jenem Tage durch die Majorität der damaligen Nationalversammlung zum Staatsgesetz erhoben wurde. Dasselbe stellt fest, daß die gesetzgebende Macht von zwei Versammlungen geübt werden solle, der Deputirtenkammer und dem Senat. Die erstere konstituirte sich aus den allgemeinen Volkswahlen, der letztere, ist aus 300 Mitgliedern gebildet von mindestens 40jährigem Alter, von denen 75 durch die Nationalversammlung, die übrigen durch besondere gesetzlich geregelte Wahlkollegien in den Departements gewählt werden sollen. Beide Körperschaften vereinigt wählen den Präsidenten auf 7 Jahre. Der Ministerrath ist den beiden Kammern verantwortlich, welchen letzteren auch die Initiative bei Gesetzesvorschlägen zusteht. Gemäß wäre die republikanische Verfassung auch mit nur einer Kammer in Frankreich denkbar gewesen (derartige Vorschläge wurden damals auch gemacht); doch fand man für gut, der Kammer noch einen Senat zur Seite zu stellen, in dem mehr das konservative Element vertreten sei, damit „die vielleicht zu Ueberstärzungen neigende, rein aus dem Volke hervorgegangene Repräsentation ein mäßiges Gegengewicht habe“.

Verantwortlicher Redakteur H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Sprechsaal.

Stadttheater. Ein Abonnent unserer Zeitung beklagt sich darüber, daß das Ausfallen der auf den Montag Nachmittag angelegten Pöadra-Aufführung in feiner Weise, nicht einmal durch Anheften eines Plakats am Theater selbst, bekannt gemacht worden sei. Das Publikum wartete vergeblich auf dem Wilhelmplatz auf Eröffnung der Kasse um 4 Uhr, wie es bekannt gemacht war.

(Eingefandt.)

Zum Antisemitenfandal.

Calumniare audacter, semper aliquid haeret. Diese Maxime scheint dem Dr. Henrici, dem famosen Redner der letzten Antisemiten-Versammlung, vorgeschwebt zu haben, denn die Vorwürfe, die er gegen die Juden schleuderte, und die von einer urtheilslosen und fanatisch erregten Menge begierig angehört wurden, beruhen so wenig auf That-sachen und bewegen sich lediglich innerhalb des Gedankenkreises der üblichen jüdischen Schmähschriften, daß man zu der Ueberzeugung gedrängt wird, der Redner habe sie eben nur aus der letzteren geschöpft, ohne deren Wahrheit zu prüfen oder auch nur eine Prüfung versucht zu haben. Seine Behauptungen haben also nicht einmal den Reiz der Neuheit. Sie gipfeln hauptsächlich in dem Vorwurfe, die Juden täben es als erlaubt, ja sogar als geboten an, den Christen zu betrügen, sie kennen kein Vaterland und dergleichen Gedankenblüthen mehr. Er zitiert zum Beweise talmudische (!) Aussprüche. Daß er den Talmud nie gelesen, vielleicht nicht einmal kennt, liegt auf der Hand, denn derartige wahnwitzige Aussprüche sind weder im Talmud, noch in sonst einem jüdischen Werke vorhanden, aber er zitiert eben nur nach seinem Meißer Hohl und dieser Gewährsmann ist selbst bereits mehrfach der Ignoranz auf diesem Gebiete überführt worden, zuletzt durch eine Schrift des Dr. Bloch, Rabbiners der hiesigen Brüder-Gemeinde, der ihm sogar nachgewiesen, er könne die citirten Talmud-Ausgaben unmöglich vor Augen gehabt haben. Dieser Nachweis ist durch nichts widerlegt worden, und mit der hierdurch ersichtlichen Glaubwürdigkeit Hohl's fallen auch die Behauptungen Henrici's.

Das Wesentliche der Zitate selbst zu bestreiten, ist bei dieser Sachlage gänzlich überflüssig; sie existiren eben irgend, als nur in der gutgeschwemmten Phantasie von Judenfeinden; wohl aber existiren talmudische Aussprüche, die dem Juden zur Pflicht machen, auch nicht-jüdische Arme zu unterstützen und überhaupt auch nicht-jüdischen Mitbürgern ganz dieselben Liebesdienste zu erweisen, wie den Glaubens-Genossen. Man darf hierbei nicht außer Acht lassen, daß der Talmud überhaupt noch gar keine Schriften kennt, sondern an den betreffenden Stellen nur göbbendienliche Völker im Auge hat. Eine anscheinend lieblose Neuerung gegen dieselben aber, die in einer mehrhundert-jährigen Literatur vielleicht gefunden oder vielmehr herausgebeutet werden könnte und, aus dem Zusammenhange gerissen, überhaupt gar nichts beweisen würde, kann wohl keineswegs den Juden der Jetztzeit in ihrem Verhältnis zu Christen entgegengestellt werden, die ihnen in religiöser Beziehung doch unendlich näher stehen, als Göbbendiener.

Nur Bosheit und Tücke können den Juden Beschuldigungen entgegenschleudern, die vollständig unmahr und durch nichts begründet sind; aber man merkt die Absicht und wird — nicht verstimmt. S.

Substationskalender für die Provinz Posen.

(Nachdruck ohne Quellenangabe auch in fremder Sprache verboten.) Gerichtliche Grundstücksverkäufe innerhalb des Zeitraums vom 1. bis 15. Januar 1881. (Zusammengestellt auf Grund der amtlichen Bekanntmachungen.)

Regierungsbezirk Bromberg.

Amtsgericht Bromberg. 1. Am 8. Januar, Vormittags 10 Uhr: Grundstück der Frau Anna Jafowska, Nr. 58 Jägerhof, mit 1 Hekt. 31 Are 50 Q.-M. Länd., zur Grundsteuer nach einem Reinertrage von jährlich 21,33 M. und zur Gebäudesteuer nach einem Nutzungswert von 60 M. veranlagt; 2. am 10. Januar, Vormittags 10 Uhr: Grundstücke der Grundbesitzer Ludwig und Marie Ziegenhagen'schen Eheleute, a. Nr. 21 Kaltwasser, mit 1 Hekt. 19 Are Länd., Grundsteuer-Reinertrag 5,43 M., b. Antheil an Nr. 43 Kaltwasser, mit 2 Hekt. 79 Are 40 Q.-M. Länd., Grundsteuer-Reinertrag 6,57 M.; 3. am 11. Januar, Vormittags 9 Uhr: Grundstück der Wittwe Apollonia Somrowska, Nr. 3 Schönbof, mit 25 Are Länd., Grundsteuer-Reinertrag 4,17 M., Gebäudesteuer-Nutzungswert 30 M.; 4. am 12. Januar, Vormittags um 10 Uhr: Grundstück der Frau Bartha Barczynska, Nr. 11 Bromberg Rujamierstr., mit 6 Are 70 Q.-M. Länd., Gebäudesteuer-Nutzungswert 900 M.

Amtsgericht Inowrazlaw. 1. Am 10. Januar, Vormittags 10 Uhr: Grundstück des Glaser Jzig Moses Ruben, Nr. 150 Inowrazlaw, Gebäudestr.-Nr. 120 M.; 2. am 10. Januar, Nachm. 2 Uhr, im Gerichtsstagslokal zu Argenau: Hausgrundstück des Konditors Andreas Kofka, Nr. 53 Argenau, Gebäudestr.-Nutzungsw. 360 M.

Amtsgericht Lobsenz. Am 12. Januar, Vorm. 10 Uhr: Grundst. des Gutsbesizers Hermann Rannenberg, Glinthergont Nr. 120, „der Mühleisch“ genannt, mit 24 Hekt. 83 Are 90 Q.-M. Länd., Grundst.-Ntrg. 29,19 M.

Amtsgericht Margonin. Am 14. Januar, Vorm. 11 Uhr: Grundst. des Schneidermeisters Mayer Hermann, Nr. 43 Margonin, Gebäudestr.-Nutzungsw. 130 M.

Loose

zur Kölner Dombau-Lotterie, Ziehung bestimmt am 13. Januar 1881. Hauptgewinn Mk. 75,000, 30,000, 15,000, 6,000, 3,000 zc. sind a. Mk. 4, für Auswärtige mit Frankatur a. Mk. 4,15, in der Expedition der „Posener Zeitung“ zu haben.

Lampen, Glocken und Cylinder

Breslauer-Straße Nr. 38.

C. Flug.

Posen, den 30. Dezbr. 1880.
An Stelle der bisher üblichen
Verfendung von Neujahrskarten und
Gratulationen haben fernere Gelb-
beträge als Geschenk für die Armen
an die hiesige Kammerei-Kasse ein-
gezahlt:
die Herren
Zahlmeister Lieutenant Dörfel,
Geschäftsführer Paul Niehle,
Kaufmann J. D. Piotrowski,
Buchdruckereibesitzer Emil Köfel,
Redakteur Carl Köfel,
Rechtsanwalt Schottländer,
Theater-Direktor Scherberg,
Kaiserl. Reichsbank-Buchhalter
Emil Zehe.
Der Magistrat.
Zu Mitgliedern der Handels-
kammer für die Dauer von 3 Jahren,
vom 1. Januar 1881 ab, sind heut
gewählt worden, die Herren: Paul
Andersch, E. Annus, Nehemias
Brodus, Jacob Polowicz, Wil-
helm Kantorowicz (in Firma:
Hartwig Kantorowicz Söhne)
und Eduard Lange.
Posen, den 29. Dezember 1880.
Die Handelskammer.
Bekanntmachung.
Der Bedarf an Schreib- und
Zeichnungs-Materialien für die hie-
sigen Fortifikation für die Zeit von
jetzt ab bis ult. März 1881 soll in
öffentlicher Submission an den Min-
destfordernden vergeben werden, wozu
Termin auf
Mittwoch, den 12. Januar 1881,
Vormittags 9 Uhr,
im Fortifikations-Bureau — Maga-
zinsstraße 8 — anberaumt wird.
Die Bedingungen können vorher
in dem genannten Bureau während
der Dienststunden eingesehen werden.
Posen, den 27. Dezember 1880.
Königliche Fortifikation.

Handelsregister.
In unser Handelsregister zur Ein-
tragung der Ausgliederung der ehe-
lichen Gütergemeinschaft ist unter
Nr. 629 zufolge Verfügung von
heute eingetragen, daß der Kauf-
mann Albert Munk zu Posen für
seine Ehe mit Regina Kierski zu
Belgard, durch Vertrag vom
29. November 1880, die Gemein-
schaft der Güter und des Erwerbes
ausgeschlossen hat.
Posen, den 30. Dezember 1880.
Königl. Amts-Gericht.
Abtheilung IV.

Nothwendiger Verkauf.
Die in Raszewy belegenen, im
Grundbuche von Raszewy Blatt
22 a und 36 eingetragenen, dem
Bauer Wojciech Olejniczak da-
selbst gehörigen Grundstücke sollen
am 14. Febr. 1881,
Vormittags 9 1/2 Uhr,
im Gerichtstagslokal in Zerlow in
nothwendiger Substation versteigert
und das Urtheil über die
Ertheilung des Zuschlages
am 15. Febr. 1881,
Vormittags 11 Uhr,
im Zimmer Nr. 11 des unterzeichneten
Gerichts verhandelt werden.
Das Grundstück 22 a umfaßt
eine der Grundsteuer unterliegende
Gesamtfläche von 6 Hektar 36 Ar
90 Quadratmeter. Zur Grundsteuer
ist dasselbe mit einem Reinertrag
von 55,62 Mark und zur Gebäude-
steuer mit einem Nutzungswert
von 60,00 Mark veranlagt. Das
Grundstück Nr. 36 ist mit einem
Flächeninhalt von 4 Hektar 10 Ar
40 Quadratmeter zur Grundsteuer
mit einem Reinertrage von 34,38
Mark veranlagt.
Der Auszug aus der Steuerrolle,
beglaubigte Abschrift des Grund-
buchblattes, alle sonstigen die Grund-
stücke betreffenden Nachrichten, so-
wie etwaige Verkaufs-Bedingungen
können in unserer Gerichtsschreiberei I.
Vormittags von 8—10 Uhr einge-
sehen werden. Diejenigen Personen,
welche Eigenthumsrechte, oder welche
nicht ins Grundbuch eingetragene
Rechte, zu deren Wirksamkeit
gegen Dritte jedoch die Eintragung
in das Grundbuch gesetzlich er-
forderlich ist, auf die bezeichneten
Grundstücke geltend machen wollen,
haben dies spätestens im Versteige-
rungstermine zu thun.
Wreschen, den 20. Dezbr. 1880.
Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.
Der Kaufmann Moritz Gerst-
mann und das Fräulein Albertine
Muskat, beide aus Schmiegel,
haben mittelst Ehevertrages vom
20. Dezember 1880 für ihre künftige
Ehe die Gemeinschaft der Güter
und des Erwerbes ausgeschlossen.
Schmiegel, den 20. Dezbr. 1880.
Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.
Zur Veröffentlichung amtlicher
Bekanntmachungen in Civilsachen
des unterzeichneten Amtsgerichts wird
die **Posener Zeitung**
bestimmt.
Wreschen, den 23. Dezbr. 1880.
Königliches Amtsgericht.
Bekanntmachung.
In unserem Firmen-Register ist
heute
a. sub Nr. 93 die Firma S.
Schumann gelöscht, und
b. sub Nr. 251 die Firma S.
Müller mit der Niederlassung
in Rawitsch, und als deren
Inhaber der Apotheker Hein-
rich Müller in Rawitsch
eingetragen worden.
Rawitsch, den 29. Dezbr. 1880.
Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.
Bei dem Artillerie-Depot zu Glo-
gau soll auf dem Submissionswege
die Lieferung von
17 Gewehr-Lagergerüsten c./73 à
400 Gewehre — 3230 mm. hoch,
2240 mm. breit,
und die Ausführung von Reparatu-
ren an
21 Gewehr-Lagergerüsten ält.
Konstr.
vergeben werden.
Es ist hierzu ein Termin auf
Dienstag,
den 18. Januar 1881,
Vormittags 10 Uhr,
im Bureau des Artillerie-Depots —
St. Michaels-Kaserne — festgesetzt
worden, bis zu welcher Zeit die Un-
ternehmer postmäßig verschlossene
Offerten mit der Aufschrift:
„Submission auf die Lieferung
von Gewehr-Lagergerüsten und
Ausführung von Reparaturen
an solchen“
abzugeben haben.
Die Bedingungen nebst Zeichnun-
gen über die neuen Gerüste liegen
im Bureau des Artillerie-Depots zur
Einsicht bereit und können die erfor-
derlichen auf Verlangen gegen Gewäh-
rung der Kopialien abschriftlich mit-
getheilt werden.
Glogau, den 21. Dezember 1880.
Artillerie-Depot.

**Ostdeutsch-Österreichischer und
Ostdeutsch-Ungarischer Verband.**
Am 15. Januar 1881 treten zu
den obenbezeichneten Verbandtarifen
folgende Nachträge in Kraft:
Zum Ostdeutsch-Österreichischen
bzw. Ungarischen Verband-Tarife
Theil I. ein Nachtrag III. mit Ab-
änderungen, Ergänzungen und Be-
richtigungen der allgemeinen Tarif-
Vorschriften und Güter-Klassifi-
kation.
Zum Ostdeutsch-Österreichischen
Verband-Tarif Theil II. ein Nach-
trag IV., enthaltend die Aufnahme
der Stationen Altwasser N.-M. und
Bauerwitz O.S., ferner Ausnah-
mebefreiung für Getreide mit der Mäh-
rischen Grenzbahn, für Holz des Spe-
zial-Tarifs II. mit Troppau und
für Wolle im Verkehr mit Wien,
und neue Ausnahmetarife für Cha-
motte-Netorten, Blei und Zink und
Posttasche, sowie Berichtigungen.
Zum Ostdeutsch-Ungarischen Ver-
band-Tarife Theil II. A. und B. je
ein Nachtrag III. mit direkten
Frachttarifen für Station Bauer-
witz im Klassen-Verkehr, ferner Aus-
nahmetarife für gedörrte Pflaumen
und Pflaumenmus, Zinkerze und
Chamotte-Netorten, endlich einige
Berichtigungen und außerdem noch
die Aufhebung von Verkehrs-Rela-
tionen, mit Gültigkeit vom 1. Jan-
uar 1881, gemäß unserer Publika-
tion vom 18. vorigen Monats.
Druckeremulare der Nachträge sind
bei den bekannten Dienststellen käuf-
lich zu beziehen.
Breslau, den 24. Dezbr. 1880.
**Königliche Direktion der Ober-
schlesischen Eisenbahn.**

Bekanntmachung.
Es sollen 2500 cbm. Kies beschafft
werden. Die Bedingungen können
im hiesigen Bureau, Zimmer Nr.
25, eingesehen, auch gegen Erstat-
tung der Kopialgebühren verabfolgt
werden.
Offerten sind bis zum 14. Jan-
uar 1881, Vormittags 10 Uhr,
im hiesigen Bureau, Zimmer Nr.
3, abzugeben.
Posen, den 27. Dezbr. 1880.
**Königliches Eisenbahn-Betriebs-
Amt.**
Der Pain-Expeller
mit „Anker“
ist ein sehr gutes Hausmittel.

Öffentliche Versteigerung.
Freitag, den 31. Dezember c.,
Vormittags 10 Uhr, werde ich
am hiesigen Kanonenplatze
ein Pferd u. einen Wagen
öffentlich gegen Baarzahlung ver-
steigern.
Schoepe,
Gerichtsvollzieher in Posen.

Öffentliche Versteigerung.
Dienstag, den 4. Januar 1881,
Vormittags 11 Uhr,
werde ich in **Obersisko** vor der
Ralkbrennerei
**2 Rahnladungen Ralk-
steine, 20 Tonnen ge-
brannten Ralk und unge-
fähr 50 Klafter Torf**
gegen baare Zahlung öffentlich ver-
steigern.
Samter, den 28. Dezember 1880.
Kaysser,
Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung.
An der hiesigen Volksschule III.
(Simultan-Schule) ist die Stelle des
Hauptlehrers zu besetzen.
Mit der Stelle ist ein Gehalt von
2000 Mark neben freier Dienst-
wohnung im Schulhause mit Garten,
für welche, falls sie entzogen werden
sollte, 300 Mk. vergütet werden,
und 100 Mark Feuerungsentschä-
digung verbunden.
Der Anstellende muß katholischen
Glaubens und der polnischen Sprache
mächtig sein und die Qualifikation
eines **Rektors** besitzen.
Gelegene Bewerber wollen ihre
Gesuche und Zeugnisse binnen
längstens 14 Tagen bei der unter-
zeichneten Deputation einreichen.
Königschütte, 18. Dezbr. 1880.
Die Schul-Deputation.

MEHALAH!
MEHALAH!
MEHALAH!
Neuer überaus fesselnder Ro-
man aus der Feder eines her-
vorragenden Gelehrten, beginnt
mit Neujahr im

Deutsch. Familienblatt.
Redigirt von Julius Jähmeyer.
Ferner von:
Levin Schücking,
Das Fräulein von Thorek.
Preis vierteljährlich nur **M. 1.60**
oder in Heften zu 30 oder 50 Pf.
Eine Probe-Nummer oder
Heft ist durch alle Buchhand-
lungen, sowie auch direkt von
der Verlags-Handlung **J. S.
Schöner** in Berlin, W.,
Lützowstraße 6, gratis zu
beziehen.
Man abonnirt in allen
Buchhandlungen und Post-
ämtern.

**„Levysohns
Ziehungsliste“**
bringt allwöchentlich sämtliche Ver-
loosungen von Staats-, Com-
munal- und Eisenbahn-Papieren,
Pfand- und Rentenbriefen, An-
lehensloosen u. nebst Restanten-
listen. Nr. 1 enthält u. A. die Liste
aller bis jetzt gezogenen Serien-
losse. Probenummern gratis. Man
abonnirt für **1 Mark 50 Pf.**
vierteljährlich bei allen Postämtern,
Buchhandlungen oder direct beim
Verleger.
W. Levysohn, Grünberg i. Schl.

**Allen
Magenleidenden**
empfehle ich die soeben in 40. Auf-
lage erschienene Broschüre:
**Das naturgemäße Heilverfahren
durch Kräuter u. Pflanzen**
von **Dr. Wilhelm Ahrberg.**
Preis 50 Pf.
Friedrich Stahn, Verlagsbuchhandl.,
Berlin, 122a Wilhelmstr.
Die Oberstabsarzt **Dr. Müller'sche**
Miraculo-Injection
heilt gefahrlos in 3—5 Tagen je-
den Ausfluss der Harnröhre. Selbst
in den verzweifeltsten Fällen.
Depositeur:
Karl Kreikenbaum,
Braunschweig.

Huste-Nicht
Nur allein echt, wenn die hier
beigedruckte Schutzmarke auf
den Etiquetten steht.
Schutzmarke

Malz-Extrakt u. Caramellen
von **L. H. Plösch & Co.,**
Breslau.
Wir machen darauf auf-
merksam:
Der Husten an sich ist keine
Krankheit, sondern stets nur
eine Krankheits-Erscheinung,
ein Symptom, das die ver-
schiedenartigen Krankheiten der
Atemungsorgane, der Luft-
röhren, der Lunge u. s. w.
anzeigt.
Kein Hustender darf des-
halb ganz sorglos sein und
den Husten für Nichts achten.
— Jeder Husten kann höchst
gefährlich werden.
Ein vernachlässigter Husten
kann der Keim von Uebeln
werden, welche in ihrer Ent-
wickelung das Leben bedrohen.
Aus einem einfachen Hu-
sten und Catarrh kann der
Keuchhusten, die Bräune,
die Lungen-Entzündung,
chronischer Catarrh, wider-
natürliche Lungen-Erweite-
rung (Asthma) u. entstehen.
Auch die Lungen-Schwinds-
ucht beginnt in der Regel
als schlichter Lungen-Catarrh
mit Husten. Folgende Kenn-
zeichen: Husten mit Aus-
wurf, sich matt fühlen,
kurz-athmigkeit, Verlieren
der Gesichtsfarbe, Magerer-
werden lassen in der Regel
auf das Vorhandensein der
Lungenschwindsucht schließen.
Stetiger Husten mit Brust-
schmerz und Heiserkeit.
Seit circa 6 Monaten litt
meine Frau an heftigem Hu-
sten, verbunden mit Brust-
schmerzen und Heiserkeit. Nach
Verbrauch von 5 Flaschen
Huste-Nicht v. L. H. Plösch
& Co. in Breslau haben sich
obenbenannte Uebel bei meiner
Frau gänzlich verloren.
Dsterode in Ost-Preußen.
F. Albrecht,
Buchdruckereibesitzer.
Lungenschwindsucht.
Meine Frau, welche schon
ein Jahr an Lungen-Schwinds-
ucht gelitten, befindet sich
jetzt, nach dem Gebrauch Ihres
Huste-Nicht, in sehr guter
Besserung und ist bald wieder
gesund.
Nechom bei Krynitz.
Köhn, Gutsbesitzer.
Ihr „Huste-Nicht“
hat bei mir in Kurzem Großes
geleistet, indem nach dem Ge-
brauch von kaum einer Flasche
ein hartnäckiger Husten ra-
dikal beseitigt war. Ich glaube
denselben deshalb angelegent-
lich empfehlen zu müssen.
Königsberg in Preußen.
Jagielski, Polizeirath.
Vorteilhaft
bewährt sich der **Huste-Nicht**
(Malzextrakt) bei Schwäche-
zuständen von Kindern und
Erwachsenen und nach schweren
Krankheiten; bei Kindern,
welche ohne Brust erzogen
werden, ganz besonders aber
für stillende Frauen ist dieses
Präparat das Unentbehr-
lichste und Beste.
Es liegen uns vor: ein
Dankschreiben von der
Sauptverwaltung der Ge-
sellschaft des rothen Kreuzes
zur Pflege verwundeter und
franker Krieger in St.
Petersburg unter dem erhaben-
en Schutze Ihrer Majestät
der Kaiserin von Rußland;
sowie ferner Dankschreiben
Sr. Durchlaucht des deut-
schen Reichskanzlers Für-
sten von Bismarck, Sr.
Hoheit des Fürsten Carl I.
von Rumänien, Sr. Hoheit
des Herzogs Ernst II. von
Sachsen-Gotha.
* Zu haben in Posen in der
Rothen Apotheke, Markt 37,
in G. Brandenburg's Apo-
theke z. Aeskulap, bei Krug
& Fabrilus, in Schrimm bei
Madalinski & Co., in Grätz
bei A. Unger, in Czarnikau bei
Gehr. Boetzel, in Pilehne bei
R. Zeidler, in Wogromitz
bei St. Baranowski.
à Flasche M. 1, 1.75, 2.50.
à Beutel 30 und 50 Pf.

Bekanntmachung.
Bei der am 28. Dezember cr. bewirkten Ausloosung von Bomster
Kreiskobligationen sind folgende Buchstaben und Nummern gezogen
worden:
A. Von Serie I (Privilegium vom 21. März 1859)
17,100 Mark.
Buchstabe A 44 76 82 91 106.
= B 120.
= C 152.
= E 387 412 469 511.
B. Von Serie II (Privilegium vom 2. Septbr. 1864)
6000 Mark.
Buchstabe A 17.
= B 35 41.
C. Von Serie III (Privilegium vom 30. Oktbr. 1865)
6750 Mark.
Buchstabe A 14 30.
= C 58 67.
= D 144.
Die Obligationen werden den Inhabern hierdurch zum 1. Juli 1881
mit der Aufforderung gekündigt, den Kapitalbetrag gegen Rückgabe der
Obligationen und der dazu gehörigen, erst nach dem 1. Juli 1881 fällig
werdenden Zinscoupons und Talons von dem genannten Tage ab bei
der Kreis-Kommunalkasse hieselbst in Empfang zu nehmen.
Gleichzeitig werden die Inhaber der bereits früher aufgerufenen, bis
jetzt noch nicht präsentirten Obligationen:
Serie I E 349,
Serie II C 52 102,
Serie III C 71 88
aus der Verloosung von 1879 an deren Einlösung wiederholt erinnert.
Wollstein, den 29. Dezember 1880.
Königlicher Landrath Bomster Kreises.
Frhr. v. Unruhe-Bomst.

Bekanntmachung.
Zur Gründung einer Zuckerfabrik in der Kreisstadt
Mogilno laden Unterzeichnete alle Interessenten zum
**Sonntag den 2. Januar 1881 in Bethke's
Hotel Nachmittags 4 Uhr ein.**
Steffenhagen Matthes Krochmann
Hochberg. Streben. Szejeglin.
Guthke
Chabsko.
Am 29. Januar 1881, Vormittags 9 Uhr,
werden im **Hotel Gielsda zu Samter** ungefähr
600 Stück Kiefern Bauholz,
1800 Raummeter Kiefern Kloben I. Kl.,
900 „ „ „ „ II. „
600 Reifighaufen,
360 Kiefern-Stubben
meistbietend verkauft werden. Der Schlag ist von Samter 6 Kilometer,
von der Warthe 1 1/2 Kilometer gelegen. Das Holz kann nach vorheriger
Meldung auf dem Forsthaus Medzisko beichtigt werden.
Kobyliski p. Owerisko, im Dezember.
Die Forstverwaltung.

Ernst Engel's Fussbodenlack,
streichfertig, glänzend, haltbar, schnell trocknend,
1/2 Ro. à 1 M. 10 Pf., 1 Ro. à 2 M. 20 Pf. incl. Orig.-Flasche
(1/2 Ro. für eine einestufige Stube genügend).
Haupt-Depot:
Roman Barcikowski in Posen.
Fabrik-Comptoir: Ernst Engel, Berlin SW., Friedrichstr. 34.

In Folge des Gesetzes, betreffend die Abänderung
der Gewerbeordnung vom 17. Juli 1878 halten wir
die seit 1. Januar 1879 eingeführten
Arbeitsbücher und Arbeitskarten
sowie die
Formulare A, B, C, D, E, F
vorrätig.
Dieselben sind genau nach amtlicher Vorschrift an-
gefertigt.
Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.
**Schleswig-Holsteinische
Landes-Industrie-Lotterie**
zum Besten
der Krankenpflege des Jo-
hanniter-Ordens und hilfs-
bedürftiger Schleswig-Hol-
steinischer Invaliden aus den
Jahren 1848 bis 1851.
25,000 Loose und 6250 Gewinne.
Ziehung der 2. Klasse am 19. Jan. 1881.
Einlösung bis zum 12. Januar 1881.
Erneuerungslosse à 1,50 M., Kauflosse à 2,25 M.
sind zu haben in der **Expd. d. Pos. Ztg.**

